



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Forderungen des Deutschen Städtetags zur Europawahl:

Europas Zukunft Richtung geben

Der Deutsche Städtetag hat für die Europawahl 2024 eine Reihe von Forderungen formuliert, um Europas Zukunft in die richtige Richtung zu lenken.

1. Europa an Werten und Rechtsstaatlichkeit ausrichten:

Angesichts geopolitisch unruhiger Zeiten und einem Rechtsruck in einigen EU-Mitgliedsstaaten ist ein starkes Bekenntnis zu europäischen Werten wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit erforderlich. Die konsequente Anwendung des Rechtsstaatsprinzips sollte gewährleistet sein, ohne dass Haushaltszahlungen an Mitgliedsstaaten aufgrund von Verstößen den europafreundlichen Städten schaden.

2. Sozialen Zusammenhalt und Integration gemeinsam meistern:

Der Deutsche Städtetag fordert, dass die Reform eines gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) zügig vorangetrieben und ein gerechtes europäisches Verteilungssystem umgesetzt wird. Die Massenzustrom-Richtlinie muss verlängert werden. Die EU soll sich stärker den Problematiken der Binnenmigration annehmen und durch langlaufende Förderprogramme die Städte in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Systeme der sozialen Sicherheit müssen koordiniert werden, um die Freizügigkeit zu wahren und Missbrauch zu verhindern.

3. Digitale Transformation ohne Hürden ermöglichen:

Ein klarer regulativer Rahmen für die Nutzung von Daten durch Städte sollte geschaffen werden, um das Potenzial Künstlicher Intelligenz im Verwaltungshandeln zu nutzen. Offene Standards sind zu verwenden, um digitale Abhängigkeiten von Dritten zu vermeiden.

4. Städte als zentrale Akteure für ein klimaneutrales Europa und in der Umsetzung des Green Deals unterstützen:

Die europäischen Rahmenbedingungen müssen Städte befähigen, den Ausbau der erneuer-

baren Energien schnell umzusetzen. Für Maßnahmen hinsichtlich der Energieeffizienz, insbesondere von Gebäuden, braucht es sowohl den Blick auf das Quartier als auch mit nationalem Recht im Einklang stehende Sanierungsvorgaben. Die Energieeinsparvorgaben für den öffentlichen Sektor sind ambitioniert. Neben dem öffentlichen Bereich müssen alle Sektoren ihren Beitrag leisten. Auch muss die EU einen Rahmen schaffen, um die Erzeugung, die Nutzung und den Transport von grünem Wasserstoff innerhalb der EU zu fördern. Diese hat zudem für einen funktionierenden Gas- und Strombinnenmarkt Sorge zu tragen und muss den Aufbau einer grenzüberschreitenden Netzinfrastruktur zügig vorantreiben.

5. Gesunde und umweltfreundliche Städte fördern:

Saubere, gesunde und umweltbewusste Städte sind ein elementares Ziel.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Fachkonferenz der Bundes-SGK:

Kommunen im Wandel – Sicherheit in der Transformation

Unter dem Thema „Kommunen im Wandel – Sicherheit in der Transformation“ setzte sich die Bundes-SGK in Potsdam mit den vielfältigen Anforderungen der Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft aus kommunaler Perspektive auseinander. In diesem Umfeld stehen Herausforderungen wie fehlende öffentliche Finanzmittel für dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen, steigende Kosten für Energie und Bauinvestitionen, Arbeitskräftemangel aufgrund des demografischen Wandels und die Bedrohungen einer von Krieg und Krisen geschüttelten Welt. Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft, in der die öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt ist und ein starker Staat notwendige Investitionen fördert sowie durch soziale Dienstleistungen Sicherheit im Wandel schafft.

Die Fachkonferenz behandelte eine Reihe von Themen, darunter die kommunale Energie- und Wärmewende, Fachkräftemangel und Digitalisierung in der Verwaltung, bezahlbares Wohnen in wachsenden Städten, Transformationsprozesse in ländlichen Räumen, Fortschritte in der Mobilitätswende, Beteiligung in der Transformation (kommunale Entwicklungsbeiräte), Klimaanpassung und Katastrophenschutz sowie Kommunen und Europa in der Transformation.

Massive Lücke auf dem Arbeitsmarkt

Zudem bot die Tagung eine Plattform für Diskussionen und den Austausch mit wichtigen Persönlichkeiten aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Unter den Teilnehmern war

Bayern fordert:

„Agenda 2030“ für die Wirtschaft

Der Bayerische Ministerrat hat eine Bundesratsinitiative für eine steuer- und wirtschaftspolitische Agenda 2030 für Deutschland beschlossen - mit der Forderung nach kräftigen Steuerentlastungen für Unternehmen als zentralem Punkt. Zur Stärkung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit seien „eine substantielle Weiterentwicklung des Steuerrechts sowie eine zukunftsorientierte Energiepolitik dringend erforderlich“, heißt es in der Initiative.

Um die Attraktivität des Standorts Deutschland effektiv zu steigern, fordert Bayern unter anderem eine Senkung der Unternehmenssteuerbelastung auf ein Niveau von 25 Prozent und eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle. Neben steuerlichen Anreizen für die Leistung von Überstunden und Mehrarbeit soll die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter dauerhaft wieder eingeführt werden. Ebenso steht die Einführung einer dauerhaften degressiven Gebäudeabschreibung zur Stabilisierung der privaten Investitionen im Wohnungsbau auf der Agenda.

Auch setzt sich die Staatsregierung dafür ein, den bereits beschlossenen Abbau von Steuerentlastungen beim Agrardiesel für Landwirte zurückzunehmen und eine Steuerbefreiung für Biokraftstoffe, die in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden, einzuführen. Darüber hinaus will das Kabinett eine Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit Landwirte selbst steuerliche Rücklagen für schlechte Jahre bilden können.

In der Gastronomie soll wieder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten und zwar künftig auch für Getränke. Die Stromsteuer soll auf das europäische Mindestmaß abgesenkt und der Ausstieg aus der Kernenergie erneut auf den Prüfstand gestellt werden. Zudem wendet sich das Kabinett gegen zusätzliche Bürokratie im Steuerrecht, „durch die rein ideologisch motivierte Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V“.

Einst sei Deutschland die Lokomotive der EU gewesen, heute sei man die rote Laterne, erklärte Finanzminister Albert Füracker. Es brauche eine Kurswende: „Bayern liefert, was Deutschland benötigt: effektive und wirkungsvolle Maßnahmen statt dem kosmetischen Klein-Klein der Ampel im Wachstumschancengesetz.“ DK

Ministerpräsidentenkonferenz zur Asylpolitik:

Für mehr Klarheit und Geschwindigkeit

Geht es nach dem Willen der Bundesländer, soll sich die Bundesregierung deutlich gegenüber einer möglichen Verlagerung von Asylverfahren in Länder außerhalb der EU positionieren. Bis zur nächsten Bund-Länder-Runde am 20. Juni sei die sogenannte Drittstaatenlösung zu prüfen, wurde nach Beratungen mit Bundeskanzler Olaf Scholz beschlossen.

Zudem soll bald feststehen, wann die im November 2023 vereinbarte Bezahlkarte für Asylbewerber kommt. Sie soll teilweise Bargeld-Auszahlungen ersetzen und damit verhindern, dass die Flüchtlinge Geld in ihre Heimatländer überweisen. In dem gemeinsamen Beschluss fordern die Regierungschefs der Länder den Bund auf, dafür zu sorgen, dass der Bundestag einen entsprechenden Entwurf dazu rasch verabschiedet.

Söder: Nichts Neues

Unzufrieden mit den Beratungsergebnissen zeigte sich Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Das reicht nicht: Die Ministerpräsidentenkonferenz war wieder nur eine Bestandsaufnahme und hat nichts Neues gebracht. Es braucht endlich eine grundlegende Wende der Migrationspolitik in Deutschland. Länder und Kommunen sind überfordert und die Ampel unternimmt zu wenig dagegen. Die politische Stabilität des Landes darf nicht aus ideologischen Gründen in Gefahr geraten. Es müssen umgehend Maßnahmen gegen die illegale Migration getroffen werden“, machte Bayerns Regierungschef deutlich.

Bayern und Sachsen: Statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen

Bayern und Sachsen fordern in einer gemeinsamen Protokollnotiz, dass neu ankommende ukrainische Flüchtlinge künftig statt Bürgergeld wieder die normalen Leistungen für Asylbewerber erhalten. Asylbewerber sollten erst nach frühestens fünf statt drei Jahren volle Sozialleistungen erhalten. Bayern und Sachsen verlangen zudem, alle notwendigen rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, damit antisemitische Straftäter und Feinde unserer Verfassung ihre deutsche Staatsangehörig-

keit verlieren und konsequent abgeschoben werden können. Enttäuschung auch beim Deutschen Landkreistag: Der Verband verlangt mehr Abschiebungen und dringt auf mehr Geschwindigkeit in der Migrationswende. Gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte Präsident Reinhard Sager: „Das Treffen hat erneut keinen wirklichen Fortschritt in der Migrationspolitik gebracht. Das ist schwer nachvollziehbar, auch wenn manche Maßnahmen umgesetzt worden sind.“

Kaum Rückführungen

Das gelte etwa für die Bezahlkarte, die zwar auf den Weg gebracht worden sei, aber kaum vor Ende des Jahres umgesetzt sein würde. „Eine spürbare Intensivierung der Anstrengungen bei der lange angekündigten Rückführungsoffensive sehen wir nicht – kaum Abkommen mit möglichen Aufnahmestaaten, kaum Rückführungen in die Tür-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Pino, unser Rathauskater, bezweifelt, dass der heutigen Gesellschaft das Wohlergehen der jüngeren Generation am Herzen liegt. Anders seien für ihn weder BAföG-Reform noch Generationenkapital erklärbar. Seite 13

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerischer Aktionsplan „Queer für alle Menschen“?	Seite 2
Eisenreich: Neuer Höchststand bei Hass und Hetze	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV: Starke Frauen in die bayerische Kommunalpolitik!	3
Tag der Archive in Bayern: Essen und Trinken	3
Landwirte machen zahlreiche Entbürokratisierungsvorschläge .	3
Wasser • Abwasser	5-6
Kommunale Bau Themen	7-8
Kommunale Finanz Themen	9-10
Sicherheit • Katastrophenschutz	11
Aus den bayerischen Kommunen.	12-14

Bayerischer Aktionsplan:

QUEER für alle Menschen?

Der Bayerische Aktionsplan QUEER ist ein integraler Bestandteil der im Koalitionsvertrag von CSU und Freie Wähler fest verankerten Agenda für Vielfalt und gegen Ausgrenzung. Er dient als deutliches Signal an LSBTIQ-Personen sowie an die Gesamtheit der Gesellschaft. Unabhängig von geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung strebt der Aktionsplan danach, allen Menschen in Bayern ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes, diskriminierungs- und gewaltfreies Leben zu ermöglichen. Die Maßnahmen des Bayerischen Aktionsplans QUEER zielen darauf ab, Bewusstsein zu schaffen, Sensibilität zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, so verkündete das zuständige Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

Der Auftakt dieses Prozesses wurde durch einen Runden Tisch im Juli 2023 eingeleitet. Für das Jahr 2024 ist ein umfassender Beteiligungs- und Erarbeitungsprozess geplant, bevor der Aktionsplan Ende 2025 präsentiert werden soll und ab 2026 in die Umsetzung geht.

Bündnis queerer Akteure

Im Herbst 2023 hat ein breites Bündnis von nicht staatlichen Akteuren, bestehend aus queeren zivilgesellschaftlichen Organisationen, einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt (<https://www.lsvd.de/media/doc/10564/zivilgesellschaftlicher-massnahmenkatalog-aktionsplan-queer-lsvd-bayern-komprimiert.pdf>) der vom LSVD (Lesben und Schwulenverband) an die zuständige Sozialministerin Ulrike Scharf übergeben wurde. Der Maßnahmenkatalog beinhaltet, laut Pressemitteilung des Verbands, „Über 120 Maßnahmen gegen Queerfeindlichkeit in Bayern“ und, so der Wunsch des Bündnisses, soll als inhaltlich-fachliche Grundlage für den weiteren Erarbeitungsprozess eines bayerischen „Aktionsplan QUEER“ dienen: „Die beteiligten Community-Organisationen wollen sich beim geplanten Erarbeitungsprozess des Sozialministeriums bis Ende 2025 fachlich einbringen, den Prozess aber auch kritisch begleiten.“

Aus dem Bayerischen Sozialministerium heißt es, dass der Aktionsplan QUEER ohne inhaltliche Vorfestlegung und ergebnisoffen erarbeitet wird: „Diskussionsgrundlage für das Beteiligungsverfahren ist neben dem Input aus Kommunen, Verbänden, Organisationen und von Einzelpersonen vor allem der Input aus den bayerischen LSBTIQ-Communities. Der Zivilgesellschaftliche Maßnahmenkatalog wird ebenso im Beteiligungsver-

fahren als Diskussionsgrundlage herangezogen.“ Auf die Frage der Bayerischen Gemeindezeitung, ob Frauen- und Kinderschutzbünde, Schul- und Lehrerverbände an der Erarbeitung beteiligt waren und ob jede der genannten Maßnahmen Queerfeindlichkeit betraf, verwies das Ministerium in einem Antwortschreiben auf den LSVD und die aufgelisteten Mitwirkenden im Maßnahmenkatalog selbst: „Das Beteiligungsverfahren steht selbstverständlich auch für alle genannten Verbände offen.“

Das gesamte Beteiligungsverfahren soll transparent durchgeführt und dokumentiert werden, sagt man im Sozialministerium. Aktuelle Informationen zum Beteiligungsverfahren sind unter folgendem Link zu finden: www.aktionsplan-queer.bayern.

Erbitterte Ablehnung

Es ist zu erwähnen, dass nach einer massiven Welle der Empörung und einer Fülle von kritischen Einträgen die interaktive Ideenpinnwand „vorübergehend offline“ genommen wurde, jedoch „baldmöglichst“ wieder zur Verfügung stehen soll. Vorschläge können wieder eingereicht werden, sollen aber nur noch moderiert veröffentlicht werden.

Einige der vorgestellten Maßnahmen aus dem Katalog stießen auf deutliche Ablehnung, bspw. die Forderung „Der Freistaat Bayern soll darauf hinwirken, dass an allen bayerischen Bildungsinstitutionen geschlechtsneutrale Sanitäranlagen und Umkleiden zur Verfügung stehen. Der Einsatz von Einzelanlagen sollte dabei geprüft werden“. Auf die Frage, ob die individuellen Bedürfnisse derjenigen Mitglieder der Gesellschaft, die sich nicht als Teil der queeren Community sehen, Rücksicht genommen wird, z.B. wenn Schülerinnen keine geschlechtsneutralen Sanitäranlagen und Umkleiden wünschen,

antwortete das Ministerium: „Das Beteiligungsverfahren für einen Bayerischen Aktionsplan QUEER richtet sich ausdrücklich an die gesamte bayerische Gesellschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen.“

Kommunen sind (noch) nicht in die Beratung involviert

Im Maßnahmenkatalog stehen eine Reihe von Forderungen, die die bayerischen Kommunen betreffen. Noch sind Kommunalverbände, nach Aussage des Ministeriums, nicht in die Beratung involviert: „Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurde eine eigene Arbeitsgruppe „Kommunale Aktionspläne“ eingerichtet. Ein durch die Staatsregierung verfasster Bayerischer Aktionsplan QUEER wird selbstverständlich das übliche Beteiligungsverfahren durchlaufen.“ An den „Kommunalen Aktionsplänen“ können Interessenten mitwirken: (<https://aktionsplan-queer.bayern/queer/de/process/59085/singleContent/11>).

Partner des Bayerischen Sozialministeriums in der Erarbeitung sind der Bayerische Jugendring (BJR) und das JFF – Institut für Medienpädagogik. CH

Justizminister Eisenreich:

Neuer Höchststand bei Hass und Hetze

Im vergangenen Jahr haben die bayerischen Behörden 3.115 neue Verfahren wegen Hass und Hetze im Internet eingeleitet. Nach Angaben von Justizminister Georg Eisenreich ist dies ein Plus von 28 Prozent gegenüber 2022. Damit sei ein neuer Höchststand erreicht worden. Die Angriffe seien besonders häufig fremdenfeindlich oder antisemitisch motiviert.

Der Großteil der Ermittlungsverfahren (2.657) richtete sich bayernweit gegen bekannte Täter (+ 40 Prozent); 458 Verfahren (- 14 Prozent) wurden gegen Unbekannt geführt. Im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft München waren es 1.664 Verfahren gegen bekannte Täter und 319 gegen Unbekannt. Im Bezirk der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg wurden 613 Verfahren gegen bekannte, 85 gegen unbekannte Täter sowie bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg 380 gegen bekannte und 54 gegen unbekannte Täter verzeichnet.

Massive Zunahme bei öffentlicher Klage

In insgesamt 728 Verfahren wurde öffentlich Klage erhoben, im Vorjahr waren es 488 Verfahren. In 567 Verfahren erging 2023 eine Verurteilung oder ein Strafbefehl. Davon sind 411 Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen (151 mehr als im Vorjahr).

Von den Verfahren waren 568 fremdenfeindlich (2022: 401 Verfahren; +42 Prozent), 481 antisemitisch (2022: 387 Verfahren; +24 Prozent). In 112 Verfahren wurden die Opfer wegen ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität angegriffen, im Vorjahr 38 (+ 195 Prozent). 78 Verfahren waren islamfeindlich (2022: 41 Verfahren; +90 Prozent), 64 behindertenfeindlich (2022: 64 Verfahren) und 10 christenfeindlich (2022: 3; + 233 Prozent) motiviert.

In 376 Verfahren waren die Geschädigten im Jahr 2023 weiblich, im Jahr davor waren es 214 (+ 76 Prozent). 61 Verfahren wurden wegen frauenfeindlicher Hate Speech geführt (2022: 44; + 61 Prozent). Beim bundesweiten Aktionstag zur Bekämpfung von Frauenfeindlichkeit im Internet am 7. März durchsuchten Ermittler bayernweit Wohnungen. Sie ermitteln ge-

Bayerischer Landtag lobt Bürgerpreis 2024 aus

Leitthema „Nie wieder ist jetzt!“

Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“

Bis zum 30. April 2024 können sich ehrenamtlich getragene Initiativen und Projekte bewerben, die sich mit großem Engagement der Erinnerungskultur verschreiben und sich dafür einsetzen, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Wir wollen aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft. Deshalb möchten wir mit dem Bürgerpreis 2024 generationenübergreifendes ehrenamtliches Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und für unsere Demokratie auszeichnen.“

Die bayerische Volksvertretung würdigt mit der Auszeichnung wieder herausragendes ehrenamtliches Engagement im Freistaat. Das Leitthema lautet diesmal „Nie wieder ist jetzt! Ehrenamtliches Engagement für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie“. Unter dem Motto „Aus der Vergangenheit lernen – in Generationen denken“ richtet sich die Auslobung an ehrenamtliche Initiativen, die sich für Vielfalt und Offenheit einsetzen und dafür, dass demokratische Werte und die Menschenwürde die Grundprinzipien des staatlichen und gesellschaftlichen Handelns bleiben.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Hass und Hetze, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft haben zugenommen. Die Demokratie wird bedroht. Deshalb möchten wir mit dem Bürgerpreis 2024 generationenübergreifendes ehrenamtliches Engagement für die Erinnerungskultur und unsere Demokratie auszeichnen.“

Nur eine Gesellschaft, die ihre Geschichte kennt und ihre Lehren daraus zieht, die Zeitzeugen zuhört und einen Austausch zwischen den Generationen fördert, eine Gesellschaft, die historische Orte würdigt und Biografien erlebbar macht und für Vielfalt, Zusammenhalt und Demokratie einsteht, kann dieser Entwicklung entgegenreten und eine starke und zuversichtliche Gesellschaft sein.

Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2024 richtet sich deshalb insbesondere an ehrenamtliche Initiativen im Bereich Erinnerungskultur, die sich dafür einsetzen, dass sich Ereignisse aus der Geschichte nicht wiederholen. Zudem steht besonders ehrenamtliches Engagement im Fokus, bei dem sich Menschen den besorgniserregenden Entwicklungen mit aller Kraft entgegenstellen.

Die Preisträgerinnen und Preisträger werden von einem Beirat unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Ilse Aigner ausgewählt. Der Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2024 ist mit insgesamt 50.000 Euro dotiert. Eine Teilausschüttung des Preisgeldes bleibt vorbehalten. Zudem kann das jeweilige Preisgeld auch in Teilschritten auf mehrere Preisträgerinnen und Preisträger aufgeteilt werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden und für die Förderung des prämierten Projekts oder dessen Fortentwicklung einzusetzen.

Die Preisverleihung ist für den 17. Oktober 2024 im Bayerischen Landtag geplant.

Informationen: www.buergerpreis-bayern.de □

sche sich, dass möglichst viele in der Gesellschaft Hass offen widersprechen – sei es am Stammtisch, in der Arbeit, am Gartenzaun oder im Internet. Eisenreich: „Ich will alle Opfer von Hasskriminalität ermutigen: Die Justiz lässt Sie nicht allein. Zeigen Sie die Täter an!“

Hate-Speech-Beauftragter

Um Hass und Hetze im Netz effektiv und schlagkräftig zu bekämpfen, hatte der Minister mit Klaus-Dieter Hartleb bereits zum 1. Januar 2020 Deutschlands ersten Hate-Speech-Beauftragten zentral für die bayerische Justiz bestellt. Nach Staatsanwältin Teresa Ott wurde nunmehr Staatsanwalt David Beck als neuer Beauftragter eingeführt. Schon bei der Staatsanwaltschaft Kempten habe er sich mit großer Tatkraft dem Kampf gegen Hass und Hetze gewidmet und so wertvolle Erfahrungen sammeln können, betonte Eisenreich. DK

Bayerischer Ministerrat:

Startschuss für PISA-Offensive

Mit Details zur PISA-Offensive Bayern wartete Kultusministerin Anna Stolz nach einer Sitzung des bayerischen Ministerrats in München auf. Vor Pressevertretern verwies sie darauf, dass es sich hier um das Ergebnis eines umfassenden und breiten Dialogs mit zahlreichen Verbänden, der gesamten Grundschulfamilie und der Wissenschaft handle. Im Mittelpunkt stehe die Stärkung der Fächer Deutsch und Mathematik in der Grundschule, für die künftig insgesamt sechs Stunden mehr Zeit zur Verfügung stehen werden.

So wird ab dem kommenden Schuljahr in allen vier Jahrgangsstufen die Anzahl der Deutschstunden jeweils um eine Stunde erhöht. Zudem wird es in der ersten und dritten Jahrgangsstufe je eine zusätzliche Mathematikstunde geben. Um dieses Mehr an Zeit für Deutsch und Mathematik im Stundenplan zu ermöglichen, können die Schulen mithilfe eines flexiblen Rahmens individuelle Schwerpunkte setzen. Wichtig dabei: „Es bleiben alle Fächer erhalten, kein Fach wird gestrichen“, betonte die Ministerin.

Spracherwerb, Integration, Wertebildung

Neu zugewanderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine erfolgreiche schulische Integration zu ermöglichen, bleibe eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen. Kernpunkt seien dabei

Stadtmarketing-Preis Bayern 2024

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger läutet den Bewerbungsstart zum Stadtmarketingpreis Bayern 2024 ein. Der Wettbewerb des bayerischen Wirtschaftsministeriums um die besten Ideen zur Innenstadtbelebung geht in die zwölfte Runde.

„Auch dieses Jahr suchen wir wieder kreative City- und Stadtmarketingkonzepte. Der Blick auf erfolgreiche Initiativen und Erfolgsgeschichten der vergangenen Jahre zeigt: Stadtmarketing wirkt! Überall dort, wo aktives Stadtmarketing betrieben wird, entwickeln sich Innenstädte, Handel und Gewerbe besser als anderswo. Die Kreativität unserer Städte und Stadtmarketingorganisationen revitalisiert unsere Innenstädte und steigert deren Attraktivität“, so der Minister.

Bis zum 5. Juni 2024 können sich Städte, Gemeinden und Stadtmarketingorganisationen mit ihren Projekten bewerben. Prämiert werden die besten fünf Ideen. Jeder Gewinner erhält ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro, das von folgenden Partnern des Wettbewerbs gestellt wird: Handelsverband Bayern HBE, Sparkassenverband Bayern, Aktionskreis City- und Stadtmarketing Bayern AKCS, Zentralverband der Immobilienwirtschaft ZIA und Günther Rid Stiftung für den bayerischen Einzelhandel. Weitere Partner sind der Bayerische Städte- und Gemeindegeldtag sowie die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland BCSD. Die Auszeichnung der Gewinner erfolgt im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung am 21. Oktober 2024 im bayerischen Wirtschaftsministerium. Informationen: www.stadtmarketingpreis-bayern.de □

wird, beginnend mit den staatlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, ermöglicht, die 1:1-Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten schrittweise zu realisieren. Stolz zufolge setzt der Freistaat damit Maßstäbe und geht – nach digitalen Klassenzimmern, Leihgeräten und Fortbildungen – den nächsten und entscheidenden Schritt auf dem Weg zur „Digitalen Schule der Zukunft“. DK

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karlheinz Albert
Gemeinde Neuendorf
am 17.3.

Bürgermeister Josef Demar
Gemeinde Großbardorf
am 18.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Mahl
Stadt Hiltpoltstein
am 17.3.

Bürgermeister Hans-Walter Hofmann
Markt Schnabelwaid
am 24.3.

Bürgermeister Josef Dollinger
Stadt Moosburg
am 25.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Stefan Rößle
Landkreis Donau-Ries
am 16.3.

Bürgermeister Willi Reiter
Gemeinde Ustersbach
am 22.03.

Bürgermeister Johannes Ruf
Markt Tussenhausen
am 22.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Lampe
Stadt Uffenheim
am 17.3.

Bürgermeister Hermann Eitzel
Gemeinde Eglham
am 21.3.

Bürgermeister Stefan Jocher
Gemeinde Schlehdorf
am 27.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Iris Harms
Gemeinde Kühnleithal
am 26.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Eckl
Gemeinde Prackenhach
am 23.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

„Tag der Archive“ 2024 in Bayern:

Essen und Trinken

Alle zwei Jahre ruft der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) zum „Tag der Archive“ auf, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen der Archive zu lenken. Der bundesweite Aktionstag fand in diesem Jahr an den ersten drei Märztagen statt und stand unter dem Motto „Essen und Trinken“.

„Kann Bier politisch sein? Dieser und weiterer Fragen rund um den besonders feinen bayerischen Geschmack konnte am „Tag der Archive“ nachgespürt werden. Spannende Geschichten aus der Vergangenheit warteten darauf, entdeckt zu werden.

Die Staatlichen Archive Bayerns beteiligten sich an den Aktionstagen mit einem vielfältigen Programmangebot. Allein in München gaben 26 Archive am 1. und 2. März spannende Einblicke in ihre Bestände. In Würzburg organisierten Staatsarchiv, Stadtarchiv, Universitätsarchiv, Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg sowie das Historische Archiv der Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH am 1. März gemeinsam „Geschmackvolle Geschichte(n)“ in der Würzburger Residenz. Gezeigt wurden zudem historische Küchenausstattungen und -geräte. Vertreten war dort auch der Lehrstuhl für Europäische Ethnologie, der Lesezirkel zum kulinarischen Erbe anbot.

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Staatsarchive Amberg, Landshut und München öffneten am 2. März ihre Türen für Besucherinnen und Besucher. Flankierend zu den analogen Angeboten stellten sich die Archive im digitalen Raum vor und präsentierten Dokumente und spannende Geschichten rund um das Thema „Essen und Trinken“. Wie schon beim #TagDerArchive2022 veranstalteten die Staatlichen Archive Bayerns vom 29. Februar bis zum 9. März einen BlogSlam.

Erstmals beteiligte sich auch das Nabburger Stadtarchiv – seit 2022 in neuen, barrierefreien Räumlichkeiten – am Tag der Archive und widmete sich dem Thema „Bier-Geschichte in Nabburg“. Forschung in historischen Dokumenten muss nicht immer „trocken“ sein: Im Nabburger

Archiv wurden u.a. Quellen zum Schwarzenfelder Bierkrieg und zum Streit um die warme oder kalte Gärung präsentiert.

Passend zum Motto „Essen und Trinken“ zeigte das Stadtarchiv Neumarkt i.d.OPf. Archivalien aus seinem Bestand, gewährte Einblicke in die Arbeitswelt eines Archivs, vermittelte Informationen zur Geschichte und bot literarische und kulinarische Genüsse.

Barrierefreie Einblicke

Das Stadtarchiv Nördlingen gilt wegen seiner einzigartigen Überlieferung aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit als das vielleicht bedeutendste Stadtarchiv im deutschen Kulturraum. Bei einer Führung durch das Archiv wurden die umfangreichen Bestände und herausragenden Quellen zur Stadtgeschichte sowie zum Motto „Essen und Trinken“ präsentiert.

In seiner Ausstellung „Ansichtssache: Fabriken im Bild“ stellte

das Bayerische Wirtschaftsarchiv eine Auswahl seiner schönsten und eindrucksvollsten Firmenansichten vor. Zu sehen waren u.a. Darstellungen der Löwenbrauerei an der Nymphenburger Straße (1913), des ersten Fabrikbaus des Optikerherstellers Rodenstock an der Isartalstraße (um 1898) und der Lokomotivfabrik von Georg Krauss auf dem Marsfeld (1882). Neben diesen Münchner Traditionsunternehmen waren u.a. auch die Lederer-Brauerei in Nürnberg (um 1900), die Wolfshöher Tonwerke im mittelfränkischen Neunkirchen am Sand (1906) oder die Augsburger Kammgarnspinnerei (1888) vertreten.

Mit einer Sonderausstellung zum Thema „#130JahreGVB – Tradition – Transformation – Teilhabe“ präsentierte sich der Historische Verein bayerischer Genossenschaften im Bayeri-

schen Wirtschaftsarchiv. Nicht zuletzt zeigte die Ausstellung, dass immer wieder die Teilhabe der Mitglieder der entscheidende Motor für die Entwicklungen und Entscheidungen des Verbandes waren und sind.

Im Deutschen Museum wurden ausgewählte Stücke zur „Technik- und Wissenschaftsgeschichte in Farbe“ gezeigt. Das Bayerische Landesluftbildarchiv, untergebracht im Bayerischen Landesluftbildzentrum, präsentierte Luftbilder von den Anbaugeländen zahlreicher Ausgangsprodukte für die tägliche Nahrung. Besucher konnten beispielsweise die Schönheit und Vielfalt von Hopfenfeldern, Weinbergen, Getreidefeldern oder auch Karpfenweihern aus der Vogelperspektive entdecken. Außerdem wurden den Luftbildern historische Karten gegenübergestellt, die aufzeigten, wie früher die Anbauflächen dargestellt wurden.

Im Rahmen der Veranstaltung „Dinosaurier im Archiv – 180 Mio. Jahre alte Fossilien erzählen Geschichte“ öffnete die Hanns-Seidel-Stiftung die Tore zu einer faszinierenden Zeitreise durch die Vergangenheit der CSU. Ebenso gewährt wurde ein Einblick in die sonst nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Räume von Archiv und Bibliothek des Bayerischen Landtags. **DK**

Bayerns Innenminister Herrmann und Österreichs Innenminister Karner:

Engere Zusammenarbeit zwischen Bayern und Österreich

Intensivere Bekämpfung des Rechtsextremismus und von Schlepperbanden
Österreich plant Bezahlkarte für Asylbewerber nach bayerischem Vorbild

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat in Wien mit dem österreichischen Bundesinnenminister Gerhard Karner eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vereinbart. „Zwischen bayerischen und österreichischen Rechtsextremen bestehen zahlreiche Kontakte und ein reger Austausch, unter anderem bei der Identitären Bewegung“, erklärte Herrmann. Verbindende Elemente seien der Hass gegen Flüchtlinge und die Ablehnung der Europäischen Union. „Wir müssen deshalb den Rechtsextremismus auf allen Ebenen und auch grenzüberschreitend noch konsequenter bekämpfen“, betonte Herrmann.

Dabei geht es insbesondere um den Informationsaustausch. Herrmann: „Wir müssen unsere Erkenntnisse über die internationalen Kontakte von Rechtsextremisten unsererseits noch besser vernetzen.“ Das Erstarben rechtsextremistischer Kräfte in ganz Europa sei ein besorgniserregendes Alarmsignal. „Daher wird das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Zusammenarbeit mit seinen österreichischen Kollegen intensivieren“, kündigte Herrmann an. Die Kooperation mit dem primär für Deutschland zuständigen Bundesamt für Verfassungsschutz bleibe davon unberührt.

Aktuelle Migrationslage

Ein weiterer Schwerpunkt des Ministertreffens war die aktuelle Migrationslage. In Bayern wie in Österreich seien bereits viele Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze. „Während die deutsche Bundesregierung bei der Eindämmung der illegalen Migration die völlig falschen Schwerpunkte setzt, bin ich der österreichischen Bundesregierung für die klare und stringente Migrationspolitik sehr dankbar“, bilanzierte Herrmann. Einig sei man sich insbesondere, dass Grenzkontrollen innerhalb der Schengenstaaten solange notwendig sind, wie der EU-Außengrenzschutz noch nicht ausreichend funktioniere. „Vor allem menschenverachtenden Schleusern muss konsequent das Handwerk gelegt werden“, forderte Herrmann. „Daher werden wir die Kooperation zwischen der Bayerischen Grenzpolizei und der österreichischen Polizei weiter in-

GZ KOLUMNE

Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

in den bayerischen Wahllokalen geben genauso viele Frauen wie Männer ihre Stimmen ab, doch in kommunalpolitischen Gremien und Spitzenpositionen sind Frauen noch deutlich unterrepräsentiert. Um den Frauenanteil in kommunalen Gremien und Spitzenfunktionen erheblich zu verbessern, sind nicht nur mehr Frauen aufgerufen, sich aktiv in der Kommunalpolitik zu engagieren, sondern auch die Parteien sind aufgefordert, sich verstärkt für Kandidatinnen und mehr Frauenförderung in der Politik einzusetzen.



KPV: Starke Frauen in die bayerische Kommunalpolitik!

Als KPV haben wir hierzu unseren Beitrag geleistet und vor zwei Jahren die KPV-Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen“ ins Leben gerufen. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, Frauen innerhalb der bayerischen Kommunal-

politik zu unterstützen und eine wesentliche Erhöhung des Frauenanteils im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen 2026 zu erreichen.

So fand dieses Jahr im Rahmen des Weltfrauentages am 08. März 2024 zum zweiten Mal ein großer KPV-Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen statt. Neben der Gelegenheit zur Vernetzung und dem lockeren Austausch unter den Kommunalpolitikerinnen gab es Impulsvorträge und gemeinsame Diskussionen, wie Frauen zum Engagement in der CSU motiviert und in der Kommunalpolitik mehr gefördert werden können.

Für die KPV ist klar: Es braucht mehr starke Frauen in der bayerischen Kommunalpolitik. Mit unserer KPV-Initiative werden wir daher weiterhin die Strukturen und Netzwerke für Frauen in der bayerischen Politik stärken.

Es ist an der Zeit, dass Frauen vermehrt politische Verantwortung übernehmen und ihre Perspektiven in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Dies ist ein wichtiger Baustein dafür, Bayerns Politik repräsentativer und zukunftsorientierter zu gestalten.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

LandFrauen-Präsidentin:

Aufruf zur Wahl von Frauen

Der März markiert traditionell einen wichtigen Zeitpunkt für frauenpolitische Anliegen. Gleichberechtigung bedeutet auch, dass Frauen auf allen Ebenen und in allen Entscheidungsprozessen vertreten sind – insbesondere in der Politik. Doch aktuellen Berechnungen des Weltwirtschaftsforums (WEF) zufolge wird es ganze 162 Jahre dauern, bis der Gender Gap im Bereich politischer Beteiligung geschlossen ist. Es ist an der Zeit, aktiver zu werden.

Je ländlicher die Region, desto geringer ist die politische Repräsentation von Frauen

Petra Bentkämper, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), betont: „2024 ist ein entscheidendes Wahljahr für die Bundesrepublik. Am 9. Juni haben wir alle die Möglichkeit, demokratisch für Frauenrechte auf EU-Ebene zu stimmen. Zudem finden in neun Bundesländern Kommunalwahlen statt. Ich appelliere an alle Wahlberechtigten: Nutzt euer Wahlrecht und setzt euch für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ein!“

Es ist immens wichtig, dass Frauen auf entscheidenden politischen Positionen vertreten sind, unterstreicht auch Bentkämper: „Wer, wenn nicht die Frauen selbst, weiß um die besonderen Herausforderungen gerade auch in ländlichen Regionen.“ Dabei zeigt sich: Je ländlicher die Region, desto geringer ist die politische Repräsentation von Frauen. Durch das „Aktionsprogramm Kommune“ legt der dlv gemeinsam mit der EAF Berlin den Grundstein dafür, Frauen den Zugang zur Kommunalpolitik zu erleichtern. Gerade dort, wo die Möglichkeit zum Engagement besonders nahe liegt, in der eigenen Kommune, ist der Frauenanteil alarmierend niedrig. Dies führt dazu, dass die Anliegen von Frauen in der Politik weiterhin unterrepräsentiert bleiben. <https://www.frauen-in-die-politik.com/>
https://www.landfrauen.info/fileadmin/Redaktion/PDF/Aktuelles/Pressemittelungen/2024_03_06_dlv_PM_Internationaler_Frauentag.pdf

Überwältigende Teilnahme an Online-Umfrage:

Landwirte machen zahlreiche Entbürokratisierungsvorschläge

Die Belastung der Landwirte durch die Bürokratie hat inzwischen auch den politischen Alltag in Brüssel und Berlin erreicht. Zahlreiche Initiativen wurden hierfür in den letzten Tagen angekündigt. In Bayern wird längst nicht mehr nur darüber gesprochen, sondern schon konkret mit Hochdruck an Maßnahmen zur Entbürokratisierung gearbeitet.

Bereits im Dezember 2023 hatte die Bayerische Agrarministerin Michaela Kaniber die Initiative „Gemeinsam für schlanke Bürokratie“ gestartet. Ein erster Schritt endete nun. Von den 100.000 angeschriebenen landwirtschaftlichen Betrieben beteiligten sich rund 20.000 an der Online-Umfrage. Sie unterbreiteten zahlreiche Vorschläge, die in den kommenden Wochen systematisch ausgewertet werden. In einer ersten Blitzauswertung zeigte sich, dass 63,3 Prozent der Landwirte den wöchentlichen Aufwand für bürokratische Aufgaben als „zu hoch“ oder „eher zu hoch“ bewerten. „Dies deckt sich mit anderen Umfragen unter Betrieben, die Bürokratie als eines der belastendsten Probleme nennen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schnellstmöglich anpassen, wenn wir die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten und Branchen erhalten wollen“, stellte Kaniber fest.

Als nächsten Schritt werden sich daher der eingesetzte Praktikerrat und ein Verwaltungsbeirat mit den Vorschlägen beschäftigen. Im Sommer ist dann auch eine Beteiligung der Verbände vorgesehen. „Jeder kennt den alten Spruch von Lenin: ‚Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser‘. Wo es nur geht, müssen wir das umdrehen: Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser“, so die Ministerin weiter.

Bayern hatte das Thema Entbürokratisierung bereits durch einen eigenen Antrag bei der Agrarministerkonferenz im letzten Herbst auf Bundesebene auf die Tagesordnung gebracht und wird sich auch bei den Debatten im Bund und in Europa mit eigenen Vorschlägen einbringen. Erste Ansatzpunkte für eine schlanke Bürokratie wurden bereits diese Woche, zusammen mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg, in den Agrararbeitsausschuss des Bundesrates eingebracht. Darunter etwa die Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung, eine Vereinheitlichung der Abstandsregelungen zu Gewässern und von Terminen und Fristen. „Ich hoffe, dass auch das nächste Bundesratsplenum ein entsprechendes starkes Signal in dieser Hinsicht setzt“, so die Ministerin abschließend. **□**

land überwiesen und dort in weitere Schleusungen investiert werden.“ Es sei die richtige Entscheidung, dass die österreichische Bundesregierung ebenfalls eine solche Bezahlkarte nach bayerischem Vorbild einführen möchte.

Zuzugsanreize senken

„Je mehr europäische Länder die Zuzugsanreize senken, desto weniger attraktiv wird es, sich außerhalb der legalen Migration auf den Weg nach Europa zu machen“, ist sich Herrmann sicher. Mit den Vorbereitungen zur Einführung einer bayerischen Bezahlkarte sei Bayern bereits sehr weit. Derzeit laufe das Vergabeverfahren. Ziel sei es, den Zuschlag in der zweiten Hälfte des Februars zu erteilen. Ende März könne die bayerische Karte in vier Pilotkommunen im Einsatz sein. Im Laufe des zweiten Quartals solle die Bezahlkarte bayernweit ausgerollt werden. **□**

Keine Gelder ins Ausland

Der Bekämpfung krimineller Schleuserbanden dient laut Herrmann auch die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber: „Damit können wir verhindern, dass Gelder ins Aus-

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

Sozial ist, was Vertrauen schafft!

„Bundesregierung zerstört Vertrauen in die Demokratie“

Bayerns Sozialministerin und weitere stellvertretende Ministerpräsidentin Ulrike Scharf betonte in ihrer Rede zur Aktuellen Stunde im Bayerischen Landtag: „Sozialleistungen dienen der sozialen Sicherung und nicht dem Kauf von Vertrauen oder Extremismusprävention. Soziale Geschenke sind sozialer Sprengstoff und können nicht verdecken, dass die Bundesregierung knallhart an der Lebensrealität gescheitert ist und täglich mehr Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielt.“

Dieser Sturzflug dürfe so nicht weitergehen. „Es ist mein Ziel, Talente zu fördern, statt Politikverdrossenheit zu schaffen. Wir müssen aktivieren, statt alimantieren. Keine Politik von gestern, die wir uns nicht mehr leisten können – Politik für morgen, für Chance und Teilhabe“ sei die Devise. Die Bayerische Staatsregierung stehe für Miteinander und Vertrauen in die Politik. „Dieser Grundkonsens hält unseren Freistaat zusammen.“

Sozial sei, was gerecht ist, was Chancen bietet, was Vertrauen schafft. „Wir brauchen sozialen Ausgleich statt sozialer Span-

nungen. Wir müssen die Sozialausgaben auf solide Beine stellen und in Richtung Aktivierung steuern. Hilfe zur Selbsthilfe ist nachhaltig und sozial! Arbeit und Soziales sind zwei Seiten einer Medaille. Die Menschen müssen an sich selbst spüren, dass sich Leistung lohnt. Wir brauchen einen akzeptierten Sozialstaat, der mit seinem sozialen Netz diejenigen auffängt, die Hilfe benötigen. Die Solidarität darf durch ideologisch getriebene Projekte der Bundesregierung, wie der Kindergrundsicherung oder dem Bürgergeld, nicht gefährdet werden“, so Scharf. **□**

Europas Zukunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die EU ist gefordert, den Rahmen dafür zu setzen, und kommunales Handeln zu befördern. Es ist dringend erforderlich, zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten einen ganzheitlichen Ansatz zur Emissionsreduktion umzusetzen. Weiterhin muss die Kommission zirkuläres Wirtschaften befördern. Zum Schutz der Gewässer muss die Wasserrahmenrichtlinie verlängert und das Prinzip der Herstellerverantwortung ausgeweitet werden. Weiterhin ist der Erhalt und die Förderung der Biodiversität ein zentrales Zukunftsthema für lebenswerte Städte.

6. Nachhaltige Mobilität schaffen: Zur Umsetzung der Verordnung über Transeuropäische Netze für Verkehr fordert der Deutsche Städtetag städtische

Maßnahmen durch die neue Connecting Europe Facility (CEF) auskömmlich zu finanzieren. Digitalisierung und Wettbewerb müssen in Zusammenhang mit einer starken städtischen Steuerungsfunktion konsequent genutzt werden, um den öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen mit weiteren Angeboten zu verknüpfen und autonome Fahrfunktionen zu integrieren. Die Umrüstung von Bussen und Nutzfahrzeugen sollte mit Fördermitteln bis 2030 beschleunigt werden.

7. Lebenswerte Städte im gemeinsamen Wandel entlasten: Die europäische Kohäsionspolitik ist das zentrale Element, um Transformationsprozesse anschieben zu können. Die Urbane Agenda und die Neue Leipzig Charta müssen weiter umgesetzt und gestärkt werden. Kommunalrelevante EU-Programme sind besser aufeinander abzustimmen. Die Bauleitplanung muss als Verfahren für eine gerechte Abwägung der widerstreitenden Belange anerkannt werden. Starre inhaltliche Vorgaben sowie redundante Verfahrensanforderungen sind auf ein Maß zu reduzieren, das zur Wahrung der Umweltbelange erforderlich ist.

8. Städte bei der nachhaltigen Finanzierung kommunaler Investitionen unterstützen: Der Deutsche Städtetag fordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange und Investitionen bei der Weiterentwicklung der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel bei der Förderung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, wonach sich die Fördersumme künftig an der Wirksamkeit anstelle der Projektkosten ausrichtet. Zudem sollten die Auswirkungen neuer Verwaltungsanforderungen auf die Städte stärker berücksichtigt werden und die Kommunen an der Ausarbeitung beteiligt werden. Das betrifft etwa neue Standards zur öffentlichen Rechnungslegung. Zur Förderung von Personalentwicklungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene braucht es eine Umsatzsteuerbefreiung für Personalüberlassungen.

9. Entlastung durch Entbürokratisierung schaffen: Viele EU-Regelungen und Vorgaben sind teilweise nicht mehr zeitgemäß. So sollte etwa das Vergaberecht vereinfacht und Verfahren beschleunigt werden. Die EU-Kommission muss bei der Erstellung neuer Gesetzesvorschläge potenziell Betroffene stärker einbeziehen sowie eine Folgenabschätzung einführen, mit der unter Einbindung der Kommunen die Auswirkungen der Gesetzgebung auf die lokale Ebene vorab geprüft werden.

10. Kommunale Beteiligung sicherstellen und intensivieren: Städte müssen auch in europäische Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse strukturiert und kontinuierlich einbezogen werden. Dazu braucht es verpflichtende Anhörungs- und Konsultationsrechte der Städte und ihrer Verbände sowie eine Stärkung des Ausschusses der Regionen. Dazu gehört insbesondere eine Erhöhung der durch die kommunale Ebene besetzten Mandate in den nationalen Delegationen auf mindestens ein Drittel. Gesetzgebungsverfahren müssen auf Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung mittels Folgenabschätzung überprüft werden. Der Deutsche Städtetag fordert zudem einen jährlichen europäischen Städtegipfel sowie einen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission für städtische Angelegenheiten. Damit kann dem

„Treffen dieser Art, auf denen Pläne für Massendeportationen und ethnische Säuberungen geschmiedet werden, gab es ganz in der Nähe schon einmal. Weder in Potsdam noch sonst wo Platz ist für solche Ideen“, stellte Mike Schubert, stellvertretender Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, fest. „Als sozialdemokratische Kommunalpolitiker:innen stehen wir für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der Ressentiments und Hass keinen Platz haben.“ **DK**

Wirtschaftsminister Aiwanger fordert:

Ende der Prüfungen von Corona-Wirtschaftshilfen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert die Bundesregierung auf, die Prüfung der Corona-Wirtschaftshilfen noch in diesem Jahr abzuschließen. „Es muss aufhören, dass der Bund immer intensivere und tiefergehende Nachprüfungen fordert. Bayern muss wie die anderen Bundesländer zunehmend viel Geld in die Hand nehmen, um jeden einzelnen Förderbescheid noch genauer überprüfen zu lassen.“

Der Effekt sei, „wir nerven die Unternehmen mit diesem Mistrauen, binden Kräfte und entziehen der Wirtschaft Geld... Wir sollten Zukunftsinvestitionen ermöglichen, statt weiter zu prüfen, ob Wirtschaftliche nach den damaligen Richtlinien korrekt eingebaut sind. Verrückterweise werden die Förderkriterien auch ständig geändert und verschärft, so dass auch die Steuerberater oftmals nicht mehr genau wissen, was richtig ist. Es drohen nun zunehmend Gerichtsverfahren über die Rechtmäßigkeit der Anträge und es gibt mittlerweile Fälle, wo Unternehmen den eigenen Steuerberater verklagen. Somit ist zu befürchten, dass wir uns bis in die Jahre 2027/28 hinein immer noch mit Anträgen zu Corona-Hilfen beschäftigen müssen. Also: der Bund muss diese unendliche Geschichte jetzt beenden.“

In Bayern wurden mehr als 11 Milliarden Euro Corona-Wirtschaftshilfen an über 400.000 Antragsteller ausgezahlt. Die Bundesregierung hat die Mittel zur Verfügung gestellt, aber die Länder übernehmen die Abwicklung und tragen die Kosten.

Aiwanger: „Nach jetzigem Stand wird diese Prüferitis noch bis Ende 2025 andauern. Am Ende kosten diese Nachforschungen mehr, als ein Ergebnis rauskommt. Wir haben heute andere wirtschaftliche Probleme am Hals. Wir müssen froh sein über jeden, der die Corona-Schwierigkeiten überlebt hat, statt die Firmen mit ständigen Nachfragen in ein schiefes Licht zu rücken. Natürlich akzeptieren wir keinen Betrug, aber es muss jetzt ein Deckel drauf und nach vorne geschaut werden.“ **DK**

Für mehr Klarheit ...

(Fortsetzung von Seite 1)

obwohl wir hier geringe Anerkennungswerte haben, keine weiteren sicheren Herkunftsstaaten. Wir brauchen viel mehr Geschwindigkeit in der Migrationswende. Wir müssen auch die europäischen Einigungen der letzten Monate dringend umsetzen und mit Leben erfüllen. Die Landkreise erwarten deutliche Signale, dass die Flüchtlingszahlen absehbar sinken.“

Politische Debatte gefordert

Auch die Diskussion darüber, wie viele Geflüchtete Deutschland im Jahr gut verkraften und integrieren kann und wie die Akzeptanz der Menschen für eine gute Aufnahme vor Ort erhalten werden kann, sei wichtig und richtig. „Wir brauchen eine politische Debatte genau darüber, wobei klar ist, dass wir eine Größenordnung von derzeit deutlich über 300.000 Menschen im Jahr nicht bewältigen können. An eine ordentliche Unterbringung und Versorgung, vor allem an eine erfolgreiche Integration ist bei solchen Zahlen nicht ernsthaft zu denken. Das muss man nicht Obergrenze nennen, aber die Beschreibung einer Dimension des Leistbaren ist erforderlich“, betonte Sager. In finanzieller Hinsicht sei der Deutsche Landkreistag nach wie vor sehr unzufrieden, so der Verbandsschef. „Unsere Kernforderung

horizontalen und fachbereichsübergreifenden Charakter städtischer Angelegenheiten Rechnung getragen werden.“

11. Rolle der Städtediplomatie in der internationalen Zusammenarbeit anerkennen: Der Ansatz der Städtediplomatie (Urban Diplomacy) muss in den internationalen Strategien der EU anerkannt werden. Dem sollte der europäische Rechts- und Förderrahmen noch stärker Rechnung tragen, in dem er Projekte und Austauschmöglichkeiten auf der Kooperationsebene intensiviert. Städte müssen stärker bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrem Nachfolgeprozess auf Entscheidungsebene einbezogen werden. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sollte im neuen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2027 wieder budgetiert werden. **DK**

nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund ist noch immer unerfüllt. Dabei geht es 2022 und 2023 zusammen um 5 Mrd. Euro. Nur so sind die betroffenen Landkreise und Städte, die die Unterbringung leisten, unmittelbar von den damit verbundenen Kosten zu entlasten.“

November-Beschlüsse konsequent umsetzen

Auch der DSTGB hätte sich mit Blick auf das Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler weitere klare Schritte zur nachhaltigen Entlastung der Kommunen gewünscht. Zwar liege Scholz nicht falsch, wenn er Deutschland auf dem richtigen Weg sieht, wichtig sei jetzt aber, dass die Beschlüsse aus dem November nun konsequent und zügig umgesetzt werden, unterstrich der Kommunalverband. Nicht nachzuvollziehen sei allerdings, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht darauf verständigen konnten, dem Beispiel Hessens und weiterer Bundesländer zu folgen und verbindlich festzulegen, Asylbewerber nur bei Vorliegen einer klaren Bleibeperspektive auf die Kommunen zu verteilen. Dies hätte den Städten und Gemeinden zumindest kurzfristig eine dringend notwendige Atempause verschafft.

Zudem reiche es nicht, sich auf die Umsetzung der Beschlüsse aus dem November zu konzentrieren. Mit Blick auf die weiterhin sehr starke Belastung der Kommunen bei Aufnahme, Unterbringung und Versorgung erwartet der DSTGB von Bund und Ländern weitere Schritte, die schnell wirksam sind. Ein Beschluss zum Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen hätte aus Verbandssicht ebenso dazu gehört wie das Bekenntnis zu einer weiteren Flexibilisierung bei den Möglichkeiten zur Integration in den Arbeitsmarkt. Hier sollte es möglich sein, das Sprach- und Integrationskurse parallel zur Arbeitsaufnahme erfolgen. „Wir müssen in der Migrationspolitik schnell wirksame Schritte zur Entlastung der Kommunen gehen. Dies bedeutet Steuern, ordnen und begrenzen“, hieß es in einer Mitteilung. **DK**

Gerlach zum Bayerischen Demenzfonds:

Teilhabe von Menschen mit Demenz weiter verbessern

Das Expertengremium für den Bayerischen Demenzfonds hat weitere Projekte für eine Förderung mit einer Gesamtsumme von über 100.000 Euro ausgewählt. Darauf hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach hingewiesen.

Die Ministerin betonte: „Mein Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Demenz miteinander sind – eine Gesellschaft, die Verständnis für die Betroffenen und ihre Angehörigen hat und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Mit dem Demenzfonds fördern wir daher verschiedene Ansätze und Programme, die genau das tun: Sie unterstützen Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen dabei, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Im Vordergrund stehen dabei kulturelle, musische, sportliche und soziale Angebote, die insbesondere zu Hause lebende Menschen mit Demenz sowie ihre Angehörigen unterstützen. Es freut mich sehr, dass auch die zusätzlichen Fördermöglichkeiten für Kommunen genutzt wird, um vor Ort demenzsensible Programme zu etablieren.“

Demenz kann jeden treffen

Gerlach unterstrich: „Demenz ist eine Herausforderung, der viele von uns gegenüberstehen, sei es persönlich oder durch Erfahrungen mit geliebten Menschen. Demenz kann jede und jeden von uns treffen. Alleine heute gibt es in Bayern 270.000 Betroffene und die Zahl wird in den kommenden Jahren weiter steigen.“

Die Ministerin fügte hinzu: „In der zweiten Förderrunde für das Jahr 2023 haben sich zwölf Projektträger auf eine Förderung durch den Demenzfonds beim Bayerischen Landesamt für Pflege (LFP) beworben. Sieben Projekte aus fünf Regierungsbezirken konnten das Expertengremium direkt überzeugen. Zwei weitere Antragstellerinnen bzw. Antragsteller bekommen zudem die Gelegenheit, ihre Konzepte zu konkretisieren.“

Folgende Projekte konnten überzeugen:

Fördersäule 1: Teilhabeangebote

- Seniorenchor „Vergissmeinnicht“: Generationen verbinden; Evang.-Luth. Kirchengemeinde Neunkirchen am Brand (Oberfranken)
- Zeig mir meine Stadt – Veranstaltungs- und Aktionsreihe für Menschen mit und ohne Demenz; Curatorium Altern gestalten (Mittelfranken)
- AQUA REVITAL – Bewegungstraining und Schwimmkurse für Senioren ab 75 plus mit und ohne Demenz; Curatorium Al-

tern gestalten (Mittelfranken)

- 1 Bild, 1 Lied, 1 Gedicht – Kultur-Begegnungen für Menschen mit und ohne Demenz; Büro Kultur und Alter, Petra Kellermann (Oberbayern)

Fördersäule 2: Demenzsensible Kommunen

- Wildpoldsried – ein Leben lang lebenswert, durch Teilhabe; Gemeinde Wildpoldsried (Schwaben)
- Demenzkampagne im Landkreis Landsberg am Lech; Landkreis Landsberg am Lech (Oberbayern)
- Straubing – demenzsensible Kommune; Stadt Straubing (Niederbayern)

Die Ministerin fügte hinzu: „Die Entscheidung, welche Vorhaben gefördert werden können, treffen die sechs Mitglieder des interdisziplinären Expertengremiums. Sie bewerten die eingesendeten Ideen aus unterschiedlichen Perspektiven: aus kommunaler, wissenschaftlicher und fachpraktischer Sicht.“

Antragsfrist bis 30. Juni

Gerlach betonte: „Haben auch Sie eine kreative Idee, die die Lebensbedingungen von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen verbessern kann? Dann bewerben Sie sich jetzt! Die erste Förderrunde für dieses Jahr läuft bereits.“ Die Antragsfrist endet am 30. Juni 2024. Förderanträge können jeweils zum 30. Juni und zum 31. Dezember an das LFP gerichtet werden – per E-Mail an demenzfonds@lfp.bayern.de. Eine Förderung ist einmalig mit bis zu 15.000 Euro für Fördersäule 1 „Teilhabeangebote“ und mit bis zu 20.000 Euro für Fördersäule 2 „Demenzsensible Kommunen“ möglich.

Wissenschaftliche Arbeiten

Zudem können bis jeweils zum 31. Dezember wissenschaftliche Arbeiten eingereicht werden, die sich mit praxisbezogenen Fragestellungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Demenz sowie ihren Angehörigen im häuslichen Umfeld befassen. Die Arbeit sollte einen Bezug zum Freistaat Bayern haben und zum Zeitpunkt der Bewerbung bereits abgeschlossen sein. Der Wissenschaftspreis ist mit 1.000 Euro dotiert.

Informationen: www.demenzfonds.bayern.de. **DK**

CSU-Landtagsfraktion:

Gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber

Landräte sollen rechtlichen Rahmen ausschöpfen

Nach der gesetzlichen Klarstellung und dem einstimmig positiven Votum aus der CSU-Fraktionsitzung, dass Asylsuchenden sowohl Aufgaben innerhalb ihrer Unterkunft als auch Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern verpflichtend zugewiesen werden können, äußert sich der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek wie folgt:

„Ja zum Schutz für politische Verfolgte, aber wir erwarten dafür auch, dass sie sich in unsere Gesellschaft aktiv einbringen. Beim Thema gemeinnützige Arbeit für Asylbewerber heißt das: Potenziale nutzen und wir fordern die Landräte auf, von ihren rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen! In bayerischen Ankerzentren ist die Nachfrage von Seiten der Asylbewerber teilweise sogar höher als die möglichen Arbeitsmöglichkeiten. Für uns steht nach wie vor fest: Wir brauchen endlich den Kurswechsel in der Migrationspolitik und müssen die illegale Zuwanderung stoppen. Wir müssen Migranten auch an den deutschen Grenzen rechtssicher zurückweisen können. Die Ampel muss endlich wirksame Maßnahmen auf den Weg bringen, statt sich Lösungen zu versperrern und die Realität zu verweigern.“ **DK**

Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie:

Überfälliger Paradigmenwechsel

Nach monatelangen Verhandlungen haben sich die EU-Institutionen Ende Januar 2024 auf die Neufassung der Kommunalabwasserrichtlinie geeinigt. Haben Rat und Parlament die vorläufige Einigung formell angenommen, wird die novellierte Richtlinie voraussichtlich bis Ende April dieses Jahres veröffentlicht und in Kraft treten. Bereits 2026 müssen dann die EU-Mitgliedstaaten der EU-Kommission nationale Umsetzungsprogramme übermitteln.

Die neuen Anforderungen zielen darauf ab, die Qualität der Abwasserbehandlung zu verbessern und die Umwelt zu schützen. Die Kommission möchte die vierte Reinigungsstufe bis 31.12.2035 verpflichtend für alle Kläranlagen größer oder gleich 100.000 EW einführen. Gleichzeitig soll bis zum 31.12.2040 die vierte Reinigungsstufe ebenfalls für Siedlungsgebiete zwischen 10.000 und 100.000 EW überall dort eingeführt werden, wo höhere Mikroschadstoffkonzentrationen ein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen.

Zudem sollen Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, die erweiterte Herstellerverantwortung auf nationaler Ebene für Arzneimittel für den menschlichen Gebrauch sowie für Kosmetikprodukte anzuwenden. Die individuellen Beiträge der Hersteller ergeben sich aus der Quantität und der Toxizität der in den Umlauf gebrachten Stoffe.

Darüber hinaus legt die Richtlinie Vorgaben fest, um den Abwassersektor energieneutral zu gestalten. Vorgesehen sind vierjährige Energie-Audits für Kläranlagen ab 100.000 EW bis Ende 2025 sowie für Kläranlagen ab 10.000 EW bis Ende 2030. Überdies soll die gesamte jährlich produzierte Energiemenge

aus Erneuerbaren Energien, die auf Kläranlagen (≥ 10.000 EW) erzeugt wird, bis Ende 2030 50 Prozent des Energiebedarfs dieser Kläranlagen decken. Bis Ende 2040 soll sich dieser Anteil auf 100 Prozent erhöhen.

Auch sieht die überarbeitete Richtlinie vor, die EU-Länder dazu zu verpflichten, im kommunalen Abwasser Gesundheitsparameter in Bezug auf das SARS-CoV-2-Virus und seine Varianten, aber auch in Bezug auf das Poliovirus und Grippeviren neue Krankheitserreger, zunehmend besorgniserregende Schadstoffe und andere Parameter der öffentlichen Gesundheit zu überwachen, die von den zuständigen nationalen Behörden als relevant erachtet werden.

Zufriedene Verbände

Überwiegend zufrieden mit der Einigung zur Kommunalabwasserrichtlinie zeigten sich der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA), und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Laut VKU-Vizepräsident Karsten Specht „wird mit der Überarbeitung der Kommunalabwasserrichtlinie ein längst überfälliger Paradigmenwechsel Wirk-

lichkeit: Künftig müssen sich Kosmetik- und Pharmaindustrie, deren Produkte Gewässer belasten, an den dadurch verursachten Kosten der Abwasserbehandlung beteiligen. Abwasserentsorger und Bürger zahlen nicht mehr allein dafür, Gewässerbelastungen zu vermindern. Dafür sorgt die EU mit der Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung, durch die auch die Umsetzung neuer Vorgaben und Anforderungen an Kläranlagen finanziert werden soll. Richtig umgesetzt wird diese Herstellerverantwortung den Geldbeutel der Abwasserkundinnen und -kunden entlasten und dafür sorgen, dass Hersteller vermehrt auf Produkte setzen, die weniger gewässerbelastend sind.“

Ambitionierte Überarbeitung der Richtlinie

Zwar bleibe die Trilog-Vorständigung zur Finanzierung hinter den Erwartungen des VKU zurück – „wir hätten uns einen 100-Prozent-Ansatz gewünscht und keine 80/20-Regelung, bei der die Länder 20 Prozent der Kosten selbst tragen müssen“ –, aber dennoch sei das Erreichte ein Meilenstein, betonte Specht.

Die Überarbeitung der Richtlinie sei aber auch für die kommunalen Abwasserentsorger selbst ambitioniert, fuhr der Vizepräsident fort. Das Hausaufgabenheft werde voller. Beispielsweise bedeute der geforderte Ausbau der Kläranlagen mehr Technik und dadurch einen höheren Energieeinsatz. Den, so sagt die

Richtlinie, müsse die Abwasserwirtschaft selbst erneuerbar erzeugen oder von Dritten erwerben. Weil es bei vielen Betrieben aufgrund der begrenzten Flächen und Anlagentechnik schlichtweg nicht möglich sei, auf - wie es ursprünglich angedacht war - 100 Prozent eigene Energieerzeugung zu setzen, sei die nun vorliegende Entscheidung praktikabler. Betriebe könnten ihre Energieneutralität auch durch einen bis zu 35-prozentigen Zukauf aus nichtfossilen Quellen erreichen.

Erweiterte Herstellerverantwortung

Aus Sicht von Dr. Lisa Broß, Sprecherin der DWA-Bundesgeschäftsführung „ist die Novellierung der Kommunalabwasserrichtlinie ein wichtiger Schritt für einen nachhaltigen Gewässerschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen“. Die Ziele und Vorgaben seien zum Teil äußerst ambitioniert, insbesondere im Bereich Nährstoffe und der geforderten Energieneutralität des Sektors. „Absolut zu begrüßen“ sei die jetzt feststehende Verankerung der erweiterten Herstellerverantwortung. Das bereits 1987 in die Umweltpolitik der EU eingeführte Verursacherprinzip finde damit endlich auch in der Wasserwirtschaft Anwendung, unterstrich Broß.

Auch nach Auffassung des BDEW werden mit dem neuen Rechtsakt wichtige Vorgaben und Maßnahmen für die Abwasserreinigung der kommenden Jahre getroffen. „Mit der erzielten Trilog-Einigung finalisieren die EU-Institutionen die Überarbeitung der über 30 Jahre alten kommunalen Ab-

wasserrichtlinie und passen diese an aktuelle Herausforderungen sowie den technologischen Fortschritt an“, erklärte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. Insbesondere die verbindliche Einführung der erweiterten Herstellerverantwortung stelle einen umweltökonomischen Meilenstein

dar. Dadurch, dass zukünftig die Hersteller von Arzneimitteln und Kosmetikprodukten dazu verpflichtet werden, die Kosten der Einführung und des Betriebs der Vierten Reinigungsstufe aufzukommen, werde das Verursacherprinzip nun auch in der Abwasserwirtschaft rechtskräftig umgesetzt, hob Weyand hervor. DK

Kaiser-Therme vor großer Herausforderung

Als Kernthema der jüngsten Sitzung des Bau- und Werk Ausschusses des Zweckverbands Kurmittelhaus Bad Abbach stand die Modernisierung der technischen Gebäudeausstattung in der Kaiser-Therme in Bad Abbach auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang erfolgte die Erläuterung des Status quo und die Vorstellung der Vorplanung inklusive einer Kostenschätzung.

„Mit den erwarteten Kosten von rund 17 Millionen Euro und einer möglichen Schließzeit zwischen eineinhalb und zwei Jahren stehen wir vor großen Herausforderungen“, resümierte Verbandsrat Alfred Holzner, Vorsitzender des Bau- und Werk Ausschusses, im Anschluss an die Präsentation des beauftragten Ingenieurbüros AquaForum GmbH und des Bezirksbaumeisters Matthias Kopf.

Da sich die Kaiser-Therme in öffentlicher Trägerschaft befindet (Gewährsträger sind der Bezirk Niederbayern, der Landkreis Kelheim und der Markt Bad Abbach) sieht Bad Abbachs Bürgermeister Dr. Benedikt Grünwald eine weitere dringliche Aufgabe zunächst in der Finanzierungsfrage: „Bei dieser Größenordnung können wir nicht ohne Weiteres in die Umsetzung der Sanierung einsteigen. Die Finanzlage ist in den öffentlichen Haushalten mehr denn je angespannt. Vielmehr muss zuvor und bis zur kommenden Versammlung des Zweckverbands ge-

klärt werden, wie eine Finanzierung ermöglicht werden kann.“ In der Diskussion zum weiteren Vorgehen entstand auch der Gedanke, sich zumindest in den Planungen weiteren Ideen zu öffnen. „Wir müssen den Weitblick und Mut haben, Szenarien zuzulassen, welche die Nutzungsmöglichkeiten der Kaiser-Therme verändern“, forderte Verbandsrat Markus Scheuermann.

Bei einem zügigen Einstieg in die notwendigen Vorbereitungen kann von einem Sanierungsbeginn in gut zweieinhalb Jahren ausgegangen werden. Auch die Mitarbeitenden der Kaiser-Therme Bad Abbach wurden bereits über die anstehenden Planungen informiert. „Wir werden mit einem zukunftssichernden Personalkonzept und im Austausch mit jedem Einzelnen eine individuelle und passende Lösung finden“, ist sich der strategische Geschäftsführer der Niederbayerischen Thermengemeinschaft Franz Altmannspurger sicher. □



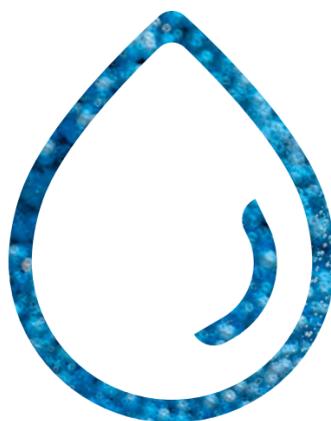
Kluges Wassermanagement ist eine Herausforderung. Aber machbar.

Willkommen auf der IFAT Munich – Weltleitmesse für Umwelttechnologien

Unser Fokus: Alles, was Kommunen weiterbringt. Von der Trinkwasserversorgung bis zur Abwasserentsorgung – als wichtigster Impulsgeber der globalen Umweltwirtschaft bietet die IFAT Munich innovative Lösungen für modernes Wassermanagement. Für mehr Kosteneffizienz, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit.

13.–17. Mai 2024 | Messe München
Jetzt Ticket sichern: ifat.de/tickets

ifat.de



IFAT
Munich

Forderung der bayerischen Wasserversorger:

Trinkwasser muss in Bayern hohe Qualität haben

VBEW-Fachtagung Wasser in Bamberg

„Die Sicherung der Trinkwasser- und Gewässerqualität in Bayern hat für uns oberste Priorität. Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn vor dem Hintergrund der Energiewende kommt hinsichtlich des Grundwasserschutzes auf die Unternehmen der bayerischen Wasserwirtschaft einiges zu“, sagte Gerhard Moser, Vorstandsmitglied des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW im Vorfeld des diesjährigen Expertentreffens der bayerischen Wasserwirtschaft. „Und auch die auf europäischer Ebene diskutierten Neuregelungen der Dienstleistungskonzessionsrichtlinie können für unsere Unternehmen noch reichlich Handlungsbedarf verursachen.“

Für die Wasserversorger wird es nicht einfacher. Der mit der eingeleiteten Energiewende einhergehende Umbau der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien ist insbesondere hinsichtlich des Grundwasserschutzes bedeutsam. „In Bayern wird mit einem Anteil von ca. 90 Prozent weitgehend das gesamte Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Grundwasser hat ein langes Gedächtnis. Das heißt, dass wir „heute“ die möglichen wasserwirtschaftlichen Auswirkungen für „morgen“, die sich etwa beim Bau von regenerativen Energieerzeugungsanlagen und beim vermehrten Anbau von Energiepflanzen für den Schutz des Trinkwassers ergeben können, unbedingt berücksichtigen müssen“, sagte Moser.

Grundwasserschutz bei der Energiewende beachten

Sowohl innerhalb als auch außerhalb von Wasserschutzgebieten können in unterschiedlicher Intensität Gefährdungen durch Photovoltaik-, Biogas-, Windkraft- und Geothermieanlagen für das

Grundwasser ausgehen. Auch ein verstärkter Energiepflanzenanbau und Monokulturen können durch die Düngungsintensivierung die Auswaschungsgefahr von Nitrat und Pflanzenschutzmittelrückständen in das Grundwasser erhöhen. „Den Anbau alternativer und grundwasserschonender Energiepflanzen testen wir bereits in Feldversuchen in enger Kooperation mit der Agrarwirtschaft“, erläuterte Moser. Die bayerische Wasserwirtschaft werde ihr hohes Engagement für den vorsorgenden Gewässerschutz fortsetzen. „Auch wir wollen die Energiewende, Ziel ist es aber, den Kunden auch in Zukunft Trinkwasser überwiegend aus naturreichem Grundwasser in Bayern zur Verfügung zu stellen“, so Moser.

Bewährte Struktur der ortsnahen Wasserversorgung

„Eine sichere und zuverlässige Wasserver- und Abwasserentsorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen und deshalb eine kommunale Pflichtaufgabe. Der Ordnungs-

rahmen einer ortsnahen und öffentlich-rechtlichen Unternehmensstruktur hat sich dafür seit Jahrzehnten bestens bewährt“, sagte Moser. Die Unternehmen der Städte und Gemeinden sowie die Zweckverbände, zu denen sich mehrere Gemeinden oder auch Landkreise zusammenschlossen haben, gewährleisten in Bayern eine hohe Ver- und Entsorgungssicherheit. Die meisten Wasserver- und Abwasserentsorger sind in Bayern in öffentlicher Rechtsform organisiert. Bei kleineren Betrieben überwiegen die Rechtsformen Regie- bzw. Eigenbetrieb, mittlere Unternehmen sind meist als Zweckverband, Kommunalunternehmen oder Eigenbetrieb und größere Unternehmen auch in privatrechtlicher Rechtsform als GmbH oder Aktiengesellschaft ggf. auch mit Beteiligung eines dritten Unternehmens organisiert.

Dienstleistungskonzessionsvergaberichtlinie

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion auf EU-Ebene zur Konzessionsvergaberichtlinie, die die Vergabe von Konzessionen EU-weit regeln soll, könnten Unternehmen der Wasserver- und der Abwasserentsorgung in Deutschland und in Bayern betroffen sein, sofern sie nicht zu 100 Prozent kommunal organisiert sind. „Die Unternehmen müssen nun prüfen, wenn die Richtlinie tatsächlich so in Kraft tritt, wie vom EU-Binnenmarktausschuss verab-

schiedet, wie sie darauf reagieren“, so Moser. „Jedes Unternehmen muss allerdings die Entscheidungs- und Gestaltungshoheit haben, in welcher Rechtsform es organisiert sein will.“

Die Wasserversorgung ist in Bayern regional gut aufgestellt und hat langfristige Entwicklungen wie etwa die Auswirkungen des Klimawandels oder die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur fest im Blick. „Zweifelslos haben wir in Bayern insbesondere in den Regionen, die vom Bevölkerungsrückgang stark betroffen sind, auch in der Wasserwirtschaft erheblichen strukturellen Anpassungsbedarf. Die dafür notwendigen Maßnahmen abzuleiten schaffen wir aber alleine. Dazu brauchen wir die EU-Richtlinie nicht“, ergänzte der VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer.

VBEW-Fachtagung Wasser – wichtiges Branchentreffen

„Die Fachtagung Wasser ist für uns jedes Jahr ein wichtiges Branchentreffen. Auf der Agenda stehen zentrale bayerische Wasserthemen, aber auch übergeordnete Aspekte, die unsere Branche betreffen und über die unsere Unternehmen informiert

sein müssen“, so Gerhard Moser. An der Tagung nahmen rund 150 Fachleute der Wasserwirtschaft, Wissenschaftler, Vertreter aus Ministerien und Behörden sowie von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsunternehmen teil. Als Tagungsort hat der VBEW Bamberg gewählt, da hier die Trinkwasserversorgung in ihrer Qualität, Struktur und Organisation exemplarisch für Bayern stehen kann.

Trinkwasser in Bamberg

Mit einer Wasserabgabe von jährlich rund sechs Millionen Kubikmetern zählen die Stadtwerke Bamberg zu den bedeutendsten Wasserversorgern im fränkischen Raum. Rund zwei Drittel der Menge werden in Gebieten entlang der Regnitz gewonnen und über ein 280 Kilometer langes Rohrnetz an die Kunden im 80.000 Einwohner umfassenden Versorgungsgebiet geliefert. „Die Stadt Bamberg macht mit der kommunalen Wasserversorgung sehr positive Erfahrungen. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr sensibilisiert, wenn die Europäische Union die Vergabe von Trinkwasser-Konzessionen neu regeln will“, so Bambergs Ober-

bürgermeister und Vorstandsmitglied des bayerischen Städtetags, Andreas Starke, anlässlich der Tagung in der Weiterstadt. Erst im Januar hatte sich der Bamberger Stadtrat mit einer Resolution einstimmig für eine Anpassung der EU-Konzessionsrichtlinie ausgesprochen. „Als wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge muss die Trinkwasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden“, unterstrich Starke vor den bayerischen Wasserexperten.

Die Stadtwerke Bamberg realisieren derzeit ein Jahrhundertprojekt, um die sichere Wasserversorgung auch für die kommenden Jahrzehnte garantieren zu können. Neben der erfolgreichen Ausweisung eines Wasserschutzgebiets zählen der derzeitige Neubau des Bamberger Wasserwerks sowie die Planung eines zentralen Hochbehälters am Fuße der Bamberger Altenburg zu dem Projekt. „Diese Investitionen sind Basis dafür, dass wir auch zukünftig qualitativ hochwertiges Wasser an die Kunden abgeben können“, sagte Klaus Rubach, Geschäftsführer der Stadtwerke Bamberg Energie- und Wasserversorgungs GmbH. □



Im Rahmen einer unangekündigten Baustellenprüfung kontrolliert Güteschutz-Prüfingenieur Marc Mielke (l.) zusammen mit Sonntag-Oberbauleiter Jonathan Trosdorff die Dokumentation der Eigenüberwachung. Bild: Güteschutz Kanalbau

wehrungskörbe über die Schalung bis hin zum fertigen Rohr alles genau angesehen. Jedes Rohr betrachten wir als ein einzelnes Bauwerk.“ Zusätzlich wurden die Rohre mit einer Edelstahlplatte versehen, auf der eine eindeutige zuordenbare Rohrnummer eingegrast ist. Auf dem dazugehörigen Rohrbegleitschein werden neben dieser Nummer alle anderen wichtigen Daten des Rohres erfasst, die zukünftig für eine BIM-gerechte Datennutzung bereitgestellt werden sollen.

Fachliche Qualifikation

Qualitativ hochwertig hergestellte Rohre sind jedoch nur ein Baustein für ein langlebiges, dichtes Bauwerk. Ein weiterer ist die Verlegung nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik. Einen möglichen Nachweis für die fachliche Qualifikation, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des ausführenden Unternehmens stellt das RAL-Gütezeichen 961 dar. „Die Firma Sonntag fügt über das Gütezeichen VMD für den grabenlosen Einbau von Kanälen mit geschlossenen, steuerbaren Schilden und Stützung der Ortsbrust durch Flüssigkeit, mit Druckluft oder Erddruck und ist damit fachlich qualifiziert, das Projekt Untenitter umzusetzen“, führt Dipl.-Ing. Marc Mielke, vom Güteschutz beauftragter Prüfingenieur, aus. „Bei den unangekündigten Baustellenprüfungen legen wir Prüfingenieure Augenmerk auf die Arbeitsweise vor Ort, kontrollieren die Eigenüberwachung sowie deren Dokumentation und prüfen und bewerten die Unterlagen auf Vollständigkeit.“ Dabei gehe es auch um den Gesamteindruck, den eine Baustelle bietet, und der sei in Solingen sehr gut gewesen. Der Bericht über die Baustellenprüfung enthielt keinerlei Beanstandungen.

Gemeinsam zum Ziel

Basis für den guten Gesamteindruck bilden auch die wöchentlich stattfindenden Baubesprechungen mit den Verantwortlichen. Trosdorff betont: „Wir hatten eine sehr gute und zielführende Zusammenarbeit. Themen, Probleme und auftauchende Fragestellungen wurden im Team auf einer vernünftigen technischen Basis fachgerecht und kompetent behandelt.“

„Bei Kanalbauarbeiten ist es bei den TBS üblich, die Ausschreibung von Projekten selbst zu machen, das Ausschreibungsverfahren zu begleiten und die Bauleitung, Bauoberleitung und Bauherrenfunktion zu übernehmen. Dabei greifen wir bei Bedarf auf die Unterstützung eines Bodengutachters zurück und beauftragen ein Ingenieurbüro, gemäß Baustellenverordnung einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator – kurz SiGeKo – für die Baumaßnahme zu stellen“, erläutert Langerhans-Muhlack. So koordiniert Leon Psula von Fischer Teamplan den Sicherheits- und Gesundheitsschutz: „Zu Beginn wird die Gefährdungsbeurteilung erstellt. In dieser werden die möglichen Gefahren aufgezeigt und Schutzmaßnahmen beschrieben. Darauf aufbauend wird der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellt, der den Gewerken auf der Baustelle Gefahren und Schutzmaßnahmen zuordnet.“ Nach erfolgter Einweisung der Baubeteiligten in die einzuhaltenden Arbeitsschutzbestimmungen wird deren Einhaltung regelmäßig während unangekündigter Baustellenkontrollen überprüft. Psula: „Bis jetzt gab es im Rahmen des Bauvorhabens an der Untenitter nur wenige Beanstandungen. Darin zeigt sich, dass ein erfahrenes Unternehmen mit der Umsetzung beauftragt wurde.“

Vortrieb des Sammlers Untenitter in Solingen

Sicherheit und Qualität für den Gewässerschutz

In Solingen setzen die Technischen Betriebe Solingen (TBS) in Zusammenarbeit mit dem Bergisch-Rheinischen Wasserverband (BRW) bis Mitte 2024 ein ganzheitliches Gewässerschutzkonzept im Ittertal um. Zu den Maßnahmen zählt neben der Erstellung des Staukanals Ittertal (BRW und TBS) und des Sammlers Bavert (TBS) auch der Bau des Sammlers Untenitter (TBS) mit einer Länge von rund 1.080 Metern und einem Nennweitendurchmesser DN 1800. Die Sonntag Baugesellschaft mbH & Co. KG, Dörth, errichtete diesen grabenlos im Rohrvortrieb.

So wird die Itter zukünftig so wohl vor der unzulässig hohen stofflichen Belastung der angeschlossenen Gebiete als auch vor der hydraulischen Überlastung aufgrund von Starkregenereignissen geschützt.

Damit der neue Sammler seine Aufgabe langfristig erfüllen kann, wird bei der Umsetzung Wert auf den Dreiklang aus Qualität, Qualifikation und Arbeitsschutz gelegt. Mit dem Gütezeichen VMD der Gütegemeinschaft Kanalbau verfügt Sonntag über den Nachweis der spezifischen fachtechnischen Qualifikation, um die Arbeiten durchzuführen. Als Bauherr, Bauoberleitung und als Bauüberwachung betreuen die TBS unter anderem auch die zusätzliche Qualitätsüberwachung der Rohrerstellung im Werk. Die Beauftragung von Fischer Teamplan, Niederlassung Düsseldorf zur Sicherheits- und Gesundheitschutzkoordination (SiGeKo), sorgt für einen sicheren und reibungslosen Bauablauf.

Das große Ganze im Blick

Auf Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes NRW entstanden bereits vor 15 Jahren die ersten Planungen für das Großprojekt mit den Baumaßnahmen entlang der Itter. 2019 begannen die Arbeiten mit dem Bau des Staukanals. Mitte 2022 starteten die vorbereitenden Ar-

beiten für den Vortrieb des neuen Mischwassersammlers Untenitter. Dieser verläuft von dem gleichnamigen Regenüberlaufbecken (RÜB) entlang der im Tal gelegenen Straße und endet in einem Übergabebauwerk zum Staukanal Ittertal. Über eine integrierte Schwallspülklappe innerhalb dieses Bauwerkes lässt sich der neue Sammler darüber hinaus zur Spülung des Staukanals einstauen.

Speziell abgestimmt auf den Baugrund

Insgesamt wurden 283 Stahlbetonrohre DN 1800 einzeln auf die Baustelle geliefert und von einer gut 15 Meter tiefen Startbaugrube zum Zielschacht vorgegraben. Wegen der bergigen Lage des Ittertals verändert sich die Erdüberdeckung auf der Leitungsstrasse und beträgt in Teilbereichen bis zu 25 Meter. Die große Tiefenlage hat den Vorteil, dass die gesamte Vortriebstrecke unterhalb des Kampfmittelhorizontes verläuft. So konnte die Kampfmittelsondierung auf den Bereich der Baugruben beschränkt werden. Gleichzeitig erfolgt der Vortrieb jedoch komplett im Grundwasser mit variierendem Grundwasserdruck zwischen 0,7 und 2,4 bar.

Für den Vortrieb wurde eine Vollschnitmaschine mit Druckluftstützung eingesetzt. Das Schneidrad der Maschine stimm-

te Sonntag speziell auf die Gegebenheiten ab, um den Verschleiß während des Vortriebs möglichst gering zu halten. „Die vorliegende Geologie in Solingen ist hochkomplex. Wir mussten fast ausschließlich durch Schiefergebirge aus Ton- und Sandstein fahren, in dem neben hochfesten quarzreichen Bereichen auch weichere bindige Bodenlinsen eingeschlossen waren“, erläutert Sonntag-Oberbauleiter Dipl.-Ing. (FH) Jonathan Trosdorff. Insgesamt viermal wurde der Vortrieb für einen Werkzeugwechsel gestoppt, um verschlissene Disken und Schälmesser auszutauschen.

Für ein dichtes Bauwerk

Damit der neue Sammler die Erdlasten zuverlässig aufnehmen und ableiten kann, haben sich die TBS für dickwandige Stahlbetonrohre mit einem Außendurchmesser DN 2400 in drei und vier Metern Länge entschieden. Die kürzeren Rohre sind in dem Rohrstang so angeordnet, dass sie später in den engen Kurvenbereichen des Sammlers mit einem Radius von 500 m liegen. So wird die Abwinkelung und Klaffung die zwischen zwei Rohren in den Rohrfugen reduziert, um auch in engeren Kurvenbereichen eine hohe zuverlässige Pressenkraft zu erreichen. Darüber hinaus wird der Gefahr einer Undichtigkeit durch übermäßige Abwinkelungen entgegengewirkt.

Zudem wurde bei der Bauausführung und bei der Produktion der Stahlbetonrohre viel Wert auf Qualität gelegt. So besuchte der zuständige TBS-Projektleiter, B.Sc. Marius Langerhans Muhlack mehrmals die Betonwerke, in denen die Rohre gefertigt wurden: „Dabei habe ich mir von der Herstellung der Be-

Klarheit bei „roten Gebieten“

Kaniber zu Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Aufgrund neuer Bundesvorgaben mussten bis Ende November 2022 die mit Nitrat belasteten und eutrophierten Gebiete in Bayern mit der Änderung der Ausführungsverordnung Düngeverordnung (AVDÜV) neu ausgewiesen werden. Mittlerweile sind über 60 Normenkontrollanträge gegen die Ausweisung beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängig, geklagt haben circa 1.000 landwirtschaftliche Betriebe. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat vier Musterverfahren abgetrennt und nun die ersten Urteile in den Musterverfahren verkündet.

„Unsere Ausweisungsverordnung ist grundsätzlich rechtmäßig. In einem Fall wurde eine Messstelle als nicht geeignet angesehen. Da werden wir die Urteilsbegründung abwarten müssen. Der gesamten Bayerischen Staatsregierung ist aber auch bewusst, dass wir sowohl im Interesse der Landwirte wie auch der gesamten Gesellschaft das Ausweisungsmessnetz bis Ende des Jahres 2024 auf 1.500 Ausweisungsmessstellen ausbauen müssen. Das bleibt eine große Herausforderung für die Wasserwirtschaftsverwaltung und das Umweltministerium. ... Der Bund muss endlich die versprochene versachergerechte Regelung beim Düngerecht angehen. Das hat Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir vor zwei Jahren in einer Protokollerklärung im Bundesrat verbindlich zugesagt. Darauf warten die Landwirte immer noch“, so Agrarministerin Michaela Kaniber zu den Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. □

Wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind und der Sammler voraussichtlich Mitte 2024 in Betrieb geht, wird der aktuelle Sammler im Ittertal stillgelegt und die beiden Bauwerke RÜB Untenitter und der Regenüberlauf (RÜ) Sonnenschein/ Mittelitter außer Betrieb genommen und zurückgebaut. □

Wohnungsbau:

KfW-Fördergelder wieder verfügbar

Ende des vergangenen Jahres wurden einige Bau-Förderprogramme der Bundesregierung gestoppt. Der Grund: Bereits nach zehn Monaten war der Fördertopf leer. Damit ist jetzt Schluss. Seit kurzem können für die Programme Klimafreundlicher Neubau (KFN), Genossenschaftliches Wohnen und Altersgerecht Umbauen wieder Anträge bei der KfW gestellt werden.

Laut Bundesbauministerin Klara Geywitz sind alle drei Bau-Förderprogramme wichtig für die stark schwächelnde Baukonjunktur: „Jeder Förder-Euro löst Aufträge in den Büchern der Handwerker aus und kurbelt die Binnennachfrage an. Das sind genau die Impulse, die wir jetzt brauchen.“ Für die Programme stehen insgesamt 927 Millionen Euro bereit.

Beim Programm Klimafreundlicher Neubau (KFN) liegt der Endkundenzinssatz für Wohngebäude bei 2,1 Prozent und damit deutlich unter den aktuell marktüblichen Zinsen für Baufinanzierungen. Für KFN stehen heuer insgesamt 762 Millionen Euro für die Zinsverbilligung von Förderkrediten zur Verfügung. Möglich sind Kreditsummen bis zu 100.000 Euro (Klimafreundliches Wohngebäude) bzw. bis zu 150.000 Euro (Klimafreundliches Wohngebäude mit Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude QNG).

Gefördert werden der Neubau sowie der Ersterwerb neu errichteter klimafreundlicher und energieeffizienter Wohn- und Nichtwohngebäude, die spezifischen Grenzwerte für die Treibhausgas-Emissionen im Lebenszyklus unterschreiten und den energetischen Standard eines Effizienzhauses 40/Effizienzgebäudes 40 für Neubauten vor-

weisen. Eine größere Unterstützung gibt es für Gebäude, die zusätzlich das Qualitätssiegel QNG erreichen.

Die Förderung erfolgt über zinsverbilligte Kredite zur Errichtung von klimafreundlichen Wohn- und Nichtwohngebäuden. Investoren, Genossenschaften, Unternehmen und Privatpersonen können Anträge über ihre Förderbanken stellen. Darüber hinaus erhalten Kommunen und Landkreise Investitionszuschüsse, z.B. für den Bau von Wohnungen, Kindertagesstätten oder Schulen. Der Zuschuss beträgt dabei bis zu 12,5 Prozent ihrer Kosten für Wohngebäude, Wohneinheiten und Nichtwohngebäude bei Neubau und Erstkauf.

„Genossenschaftliches Wohnen“

Für das Programm „Genossenschaftliches Wohnen“ stehen in diesem Jahr insgesamt 15 Millionen Euro (2023: neun Millionen Euro) zur Verfügung.

Damit werden Menschen unterstützt, die eine eigene Genossenschaft gründen, um anschließend zu bauen, oder die Genossenschaftsanteile erwerben möchten, mit zinsgünstigen Krediten und einem Tilgungszuschuss. Zum Start liegt der Zinssatz bei 2 bis 2,5 Prozent, je nach Laufzeit. Es können Kre-

dite bis zu 100.000 Euro aufgenommen werden. Der Tilgungszuschuss liegt bei 7,5 Prozent.

Die Förderung erfolgt sowohl bei Neugründung als auch bei der Beteiligung an einer bestehenden Wohnungsgenossenschaft. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die erworbenen Genossenschaftsanteile für die Selbstnutzung der Genossenschaftswohnung verwendet werden. Antragsberechtigt sind Privatpersonen.

„Altersgerecht umbauen“

Damit Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Zuhause wohnen bleiben können, wird mit dem Programm „Altersgerecht Umbauen“ der barrierefreie Umbau von Wohnungen unterstützt. In diesem Jahr stehen hierfür 150 Millionen Euro bereit, eine Verdoppelung der Summe aus dem vergangenen Jahr. Einzelne Maßnahmen werden mit bis zu 2.500 Euro bezuschusst. Wer sein Haus zum Standard „Altersgerechtes Haus“ umbaut, bekommt 12,5 Prozent der förderfähigen Kosten (maximal 6.250 Euro) von der KfW erstattet.

Geplant ist nach Geywitz' Angaben noch ein weiteres Programm zur Förderung des Wohnungsneubaus: „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment“ (KNN). Hier werden noch die Förderrichtlinien ausgearbeitet. Zudem solle künftig die Förderung „Jung kauft Alt“ junge Familien beim Kauf alter Immobilien unterstützen und mit dem Programm „Gewerbe-



In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Tourismus in Bayern: Starkes Dach für den bayerischen Tourismus

Bayern ist und bleibt Deutschlands Reiseland Nr. 1. Mit 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen generieren Bayerns Gäste jährlich einen touristischen Gesamtkonsum von ca. 47,5 Milliarden Euro. Der Tourismus ist damit eine wichtige Leitökonomie für Bayern. Die Organisation, die in Bayern auf Landesebene für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuständig ist, ist die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM). Als Landestourismusorganisation verantwortet sie im Auftrag des Freistaats und ihrer 28 Gesellschafter aus den verschiedensten Bereichen des Tourismus das nationale und internationale Marketing für das Urlaubs- und Reiseland Bayern. Sie unterstützt ihre Partner in den Orten und Regionen des Freistaats bei der Tourismusentwicklung als starker Wirtschaftsfaktor und wichtiger Arbeitgeber. Damit hilft die BayTM, regionale Wertschöpfungsketten, gute (Freizeit-)Infrastrukturangebote und natürliche Ressourcen zu bewahren – für eine lebenswerte Heimat für Einheimische und Gäste.

Eine Kernaufgabe der BayTM ist die Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Endkunden-Marketings. Destinationen und Kommunen, die ihre Produkte und Angebote über die BayTM vermarkten, profitieren von der Bekanntheit und Stärke der Marke Bayern sowie von zielgerichteten

Bühnen, die ihnen die Landtourismusorganisation bietet, um gemeinsam für Bayern zu werben. Mit mehr als 180.000 Websitebesuchen pro Monat, über 66 Mio. Impressionen auf Social Media und 520.000 Magazin-Exemplaren pro Jahr erreicht die BayTM eine Vielzahl potenzieller Gäste. Durch ihr gewachsenes Netzwerk an erfahrenen Autoren und Fotografen ist die BayTM in der Lage, hochwertigen Content zu den Urlaubsthemen ihrer Partner zu konzipieren und zu produzieren. So erreichen auch sie ihre Ziele und Zielgruppen ohne große Streuverluste.

Gemeinsam mehr erreichen

Damit der Tourismus in Bayern auch in Zukunft weiter so erfolgreich ist, unterstützt die BayTM die touristischen Akteure im Freistaat auch bei der Destinationsentwicklung. Dafür teilt sie ihr Wissen für Märkte, Trends und Entwicklungen und stellt ihnen strategische Werkzeuge in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zur Verfügung. Zusätzlich schafft die BayTM Plattformen für den Austausch und die Vernetzung der unterschiedlichen Tourismusakteure, um gemeinsam mehr erreichen zu können. Ein dicht geknüpftes, solides und verlässliches Netzwerk ist die wichtigste Voraussetzung für eine dynamische Weiterentwicklung der Destination Bayern.

Mehr Informationen zur BayTM und ihren Services gibt es unter tourismus.bayern. □

zu Wohnen“ der Umbau von Gewerbe- zu Wohnimmobilien bezuschusst werden.

Bundesregierung in der Pflicht

Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, verwies darauf, dass mit den Förderprogrammen zwar die zweimonatige Förderlücke im Wohnungsbau geschlossen werde, die Bundesregierung jedoch nach wie vor eine konsistente und auf Verlässlichkeit ausgerichtete Wohnungsbaupolitik schuldig bleibe. Dies zeige sich unter anderem daran, dass auf Bundes- und Länderebene eine umfassende Prioritätensetzung zur Beseitigung der Wohnungsnot fehle.

Branche braucht Klarheit und Sicherheit

Die Branche brauche Klarheit und Sicherheit für unternehmerisches Handeln, und das über mehrere Jahre. „Unsere Unternehmen beweisen täglich auf Deutschlands Baustellen, welche Zukunftspotentiale sie und ihre rund eine Million Fachkräfte heben. Diese Einstellung fordern wir auch von der Politik“, unterstrich Müller. DK

Neubauatlas aktualisiert

Interaktive Karte ermöglicht bundesweite Vergleiche zu Gebäuden und Wohnungen

Der Neubauatlas ist eine interaktive Karte der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und liefert bundesweite Daten der Baufertigstellungsstatistik für die Jahre 2018 bis 2022.

Mit dem Neubauatlas kann bspw. die Entwicklung neu fertiggestellten Wohnraums bis auf Gemeindeebene als Karte visualisiert und über die Zeit hinweg beobachtet werden. Die regionalen Unterschiede in der Entstehung von neu gebauten Wohngebäuden sowie Wohnungen sind damit einfach sichtbar. Neben der Gesamtzahl neu fertiggestellter Wohnungen in den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands kann auch die Fertigstellung je 1.000 Einwohner mit wenigen Klicks angezeigt und somit bundesweit verglichen werden.

München verfügt über die meisten fertiggestellten neuen Wohnungen

Für Bayern zeigt sich beispielsweise, dass im Jahr 2022 die meisten neuen Wohnungen in der Stadt München fertiggestellt wurden. Bezieht man die

Anzahl der neu fertiggestellten Wohnungen auf den Bevölkerungsstand zum 31. Dezember 2022 errechnet sich eine Bauintensität für die Landeshauptstadt von 4,28 Wohnungen je 1.000 Einwohner. Für die Städte Fürth, Nürnberg und Schweinfurt bspw. lauten die entsprechenden Vergleichswerte 827 bzw. 6,29, 1.644 bzw. 3,14 sowie 68 bzw. 1,24.

Vergleicht man die Kaufwerte für baureifes Land, kostet baureifes Land im Jahr 2022 in München durchschnittlich 5.434 Euro, in Fürth 660 Euro, in Nürnberg 1.206 Euro und in Schweinfurt 380 Euro je Quadratmeter. Im Jahr 2018 liegen die Werte erwartungsgemäß deutlich niedriger bei 2.638 Euro, 637 Euro, 699 Euro bzw. 213 Euro.

Der Neubauatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist im Statistikportal unter dem Link <https://neubauatlas.statistikportal.de> erreichbar. □

Verleihung des Gütesiegels „Flächenbewusste Kommune“

Mit dem staatlichen Gütesiegel „Flächenbewusste Kommune“ wurden jüngst Ebermannstadt, Bubenreuth und Unterwössen ausgezeichnet. Wie Umweltminister Thorsten Glauber, Wirtschaftsstaatssekretär Tobias Gotthardt und der Amtschef des Bayerischen Bauministeriums, Dr. Thomas Gruber betonten, zeichneten sich die neuen Preisträger insbesondere dadurch aus, dass sie ein aktives Flächenmanagement betreiben und innovative Konzepte und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs anwenden.

Zu den Zielen des Mittelzentrums Ebermannstadt im Landkreis Forchheim zählen eine nachhaltige Siedlungs- und Flächenentwicklung, die Deckung des Bedarfs an Wohnbauflächen sowie eine sozial gerechte Bodennutzung mit besonderem Augenmerk auf den Erhalt einer lebendigen Innenstadt. Ebermannstadt hat dazu in den Jahren 2014/2015 im Zusammenwirken von Stadtrat, Verwaltung, Bürgerschaft und Nachbarkommunen eine Strategie nach dem Grundsatz „Innen vor Außen“ erarbeitet. Am Anfang stand der Aufbau eines städtischen Immobilienmanagements. Es folgte ein Grundsatzbeschluss zu einem Baulandmodell und die Installation eines Zentrenmanagements. Mit Bebauungsplänen der Innenentwicklung wurden brachliegende innerstädtische Flächen für den Wohn- und Gewerbebau aktiviert.

Innenentwicklung in Ebermannstadt

Im Ergebnis konnten Potenziale der Innenentwicklung durch Nachnutzung, Umbau und Sanierung von Leerständen, auch von städtischen Liegenschaften, gehoben werden. Ein neues Baugebiet wird aktuell nach dem Baulandmodell erschlossen. Brachliegende Areale werden einer Nutzung zugeführt, unter anderem durch die Schaffung von Baurecht für ein „Generationsquartier“ mit stati-

onärer Pflege, ambulant unterstütztem Wohnen für Menschen mit Behinderung, Kinderkrippe und Kindergarten.

Die Gemeinde Bubenreuth (Landkreis Erlangen-Höchstadt) startete 2015 den Ortsentwicklungsprozess „Bubenreuth 4.0 mit integriertem städtebaulichen Entwicklungskonzept“. Damit soll die hohe Lebensqualität zumindest erhalten und gleichzeitig die historisch gewachsene Ortsstruktur gesichert werden.

Bubenreuth 4.0

Die weitere Ortsentwicklung wird etwa durch Bürgerforen regelmäßig thematisiert. 2021 erfasste die Gemeinde Baulücken und Leerstände. Zudem wurden kommunale Förderprogramme zur gestalterischen Aufwertung von Anwesen, für Flächenentsiegelung, Nachbegrünung und Biodiversität sowie zur CO₂-Einsparung in den Bereichen Mobilität, Wärme und Strom aufgelegt. Durch die Aufstellung von Bebauungsplänen konnte eine im Innenbereich gelegene Brachfläche für Wohnbebauung wieder nutzbar gemacht werden.

Für ein 5,6 Hektar großes Areal in der Ortsmitte wurde Baurecht für Geschosswohnungsbau geschaffen. Darüber hinaus wurden neue Wohnungen errichtet, und es soll ein verkehrsberuhigtes Quartier mit Wohnungen, Wohnraum für „Leben und Wohnen im Alter“,

Nahversorger, Bäcker/Café, Laden- und Praxisräumen entstehen. Mit finanzieller Unterstützung durch die Städtebauförderung wird eine ehemalige, teils denkmalgeschützte Hofstelle zum Kulturhof umgebaut. Nahe der S-Bahn-Haltestelle sind ein Parkhaus und eine Bike & Ride-Anlage entstanden.

Gemeinde Unterwössen

Ziel der Gemeinde Unterwössen (Landkreis Traunstein) ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Grund und Boden als begrenzter Ressource, das Entgegenwirken einer Zersiedelung in den Randbereichen von Ober- und Unterwössen, die Stärkung des Tourismus als wichtiger Wirtschaftszweig und eine nachhaltige Daseinsvorsorge für ortsansässige Familien.

Ab 2016 entstand ein Konzept zur Flächen- und Ortsentwicklung, das schließlich in einem Grundsatzbeschluss der Gemeinde festgehalten wurde. Die Ortsentwicklung wird so gesteuert, dass der Ortskern gestärkt, Flächeninanspruchnahme minimiert und Baulücken, Brachflächen und Leerstände aktiviert werden.

So entstand auf einer zentralen Gewerbebrache in räumlicher Nähe zum Rathaus ein Wohn- und Beschäftigungsprojekt mit bezahlbaren und geförderten Wohnungen für Menschen mit und ohne Behinderungen, mit Gemeinschaftsräumen, einer Praxis für Allgemeinmedizin und einem integrativen öffentlichen Café. Ein ehemaliges Hallenbad wandelte sich zum Bürgerhaus. Durch dessen umfassende Sanierung wurde ein gesellschaftlicher, kultureller und sozialer Mittelpunkt für Vereine und den Ort sowie das Achenal geschaffen. DK

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten
- ✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien

GZ

KOMMUNAL-



In Kooperation mit
Bayerischer Industrieverband
Baustoffe, Steine und Erden e. V.
www.gemeindezeitung.de/ABC

ABC der Heimischen Rohstoffe Recycling-Beton

Nachfrage nach Beton mit recycelten Gesteinskörnungen nimmt deutlich zu

Der europäische Green Deal beinhaltet die Stärkung der Kreislaufwirtschaft (Circular Economy), also die verstärkte Rückführung von Abfällen in den Wirtschaftsprozess. Die Baubranche mit einem jährlichen Abfallaufkommen von rund 53 Mio. Tonnen pro Jahr¹ allein in Bayern trägt dabei eine besondere Verantwortung.

Beton besteht zum überwiegenden Teil aus Gesteinskörnungen, also Kies, Sand und/oder Splitt. Hier liegt das Potenzial, nämlich primär gewonnene Gesteinskörnungen durch Recycling-Material zu ersetzen. Doch so einfach wie es klingt, ist die Sache nicht!

Technische Qualitäten müssen stimmen

Beton ist ein genormter Baustoff, der vorgegebenen Anforderungen an Standfestigkeit, Dauerhaftigkeit und Gebrauchstauglichkeit entsprechen muss. Daraus ergeben sich auch Anforderungen an die Ausgangsstoffe, insbesondere die eingesetzten Zemente (Bindemittel) und die Gesteinskörnungen. Diese sind hohen Qualitätsstandards unterworfen. Aufbereiteter Bauschutt ist in der Regel ein Gemisch unterschiedlicher Ausgangsmaterialien (Beton-, Ziegel-, Gips- und Mörtelgemische), die diese Qualitätsmaßstäbe nicht in jedem Fall erfüllen. Deshalb begrenzt die Betonnorm den Einsatz nach Menge und Zusammensetzung der Recycling-Gesteinskörnungen und legt auch besondere Qualitätssicherungsmaßnahmen bei deren Einsatz fest. Das macht die Bereitstellung von Recycling-Beton für den Hersteller aufwendiger und teurer.

Verfügbare Mengen

an Recycling-Material sind begrenzt

Der überwiegende Anteil des anfallenden mineralischen Abfalls sind Erdaushübe, die nur in Ausnahmefällen ohne großen Aufwand zu Ausgangsmaterial für Beton verwendbar sind. Bauschutt fällt in einer Größenordnung von 10 Mio. Tonnen pro Jahr an, davon werden aktuell rund 7

Mio. Tonnen zu Recycling-Baustoffen in speziellen Anlagen aufbereitet. Der Rest lässt sich unter den gegenwärtigen technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zum Recycling-Baustoff aufbereiten, weil er zu viele Fremdstoffe oder belastetes Material enthält. Um den tatsächlich wiederverwertbaren Anteil konkurrieren unterschiedliche Anwendungen im Bauwesen: Tiefbau, Straßen- und Wegebau und eben auch Betonhersteller. Der Einsatz im Beton stellt vom Sortieraufwand und der Aufbereitungstechnik die höchsten Anforderungen an den Aufbereiter. Das führt dazu, dass Recycling-Material in der Regel dort seine Wiederverwertung findet, wo dies mit dem geringsten Aufwand und damit geringeren Kosten möglich ist.

Normung und Fördermaßnahmen ermöglichen breitere Anwendung

Die Überarbeitung der Betonnorm erleichtert zukünftig den Einsatz von normgerechtem Recycling-Beton. Die Verwendung von Recycling-Gesteinskörnungen wurde erweitert, der Mehraufwand bei der Gütesicherung reduziert. Sowohl öffentliche wie auch private Ausschreibungen setzen verstärkt auf den Einsatz von Recycling-Beton. Das hat auch wirtschaftliche Hintergründe für die Bauherren, weil für förderungswürdige Zertifizierungen der Bauwerke immer häufiger der Einsatz von rezyklierten Baustoffen nachgewiesen werden muss. Insofern stellt sich die Betonindustrie auf eine zunehmende Nachfrage ein, deren Bedienung alle Beteiligten vor Herausforderungen stellt.

Begriffserläuterungen:

Beton: Baustoff aus Zement, Gesteinskörnungen, Wasser und ggfs. geringen Mengen an Zusatzstoffen und Zusatzmitteln

Recycling-Beton: Beton, bei dem ein Teil der Gesteinskörnungen durch die Verwendung von aufbereitetem Bauschutt ersetzt wird, ansonsten gleiche Zusammensetzungen

BVI-Präsident Thomas Meier fordert:

Umfassendes Förderprogramm für Eigentumswohnanlagen

„Selbst die Mittelschicht kann sich die energetische Sanierung ihres Wohnungseigentums kaum leisten“

Geht es nach der Bundesregierung, sollen Deutschlands Bestandsgebäude in Zukunft deutlich effizienter werden. Das betrifft auch einen Großteil der rund 10 Millionen Eigentumswohnungen. Doch genau hier fehle es an geeigneten Fördermöglichkeiten, kritisiert der BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V., dessen Mitglieder rund 15 Prozent des Bestandes an Eigentumswohnungen betreuen. Auf den Münchner Verwaltertage im Februar forderte der Verband ein gesondertes Förderprogramm, das die komplexe Beschlussfassung und die Kostenlast in Wohnungseigentümergeinschaften (WEGs) berücksichtigt.

„Die Fördermaßnahmen für energetische Sanierungen im Bestand greifen zu kurz. „Selbst die breite Mittelschicht kann sich die energetische Sanierung ihres Wohnungseigentums kaum leisten“, sagte BVI-Präsident Thomas Meier auf dem Branchentreff in München. Damit es auch in Deutschlands Eigentumswohnungen mit der Wärmewende klappe, brauche es zielgenaue Unterstützung durch den Bund, die angesichts der gewaltigen Herausforderungen finanziell deutlich umfassender ausgestattet werden müsse als die bisherigen Hilfen. Erforderlich sei ein spezifisches Programm: „Die aktuellen Fördermittel mögen für Ein- und kleinere Mehrfamilienhäuser funktionieren, doch auf die Kostenlast und die Komplexität der Entscheidungsprozesse in größeren Eigentumswohnungsanlagen sind sie einfach nicht zugeschnitten“, machte Meier deutlich.

Komplexe Beschlussfassung

Während Hausbesitzer oft unabhängig über den zeitlichen und finanziellen Rahmen von Sanierungsmaßnahmen entscheiden können, sind Wohnungsbesitzer an die Entscheidungen ihrer Eigentümerversammlung und deren Fristvorgaben gebunden. Dass der Gesetzgeber diesen Umstand nicht hinreichend berücksichtigt hat, zeigt eine große Zahl an Rückmeldungen, die den Verband erreicht. Demnach können etliche WEGs die Fördermittel des Staates nicht

ohne Weiteres einsetzen, weil sie die ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Fristen zur Beschlussfassung einhalten müssen. Erschwerend hinzu komme die Vielzahl der Akteure, die bei der energetischen Sanierung einer Wohnanlage im Boot sitzen. Eine Abstimmung und Koordination sei unter anderem mit Schornsteinfegern, Energieberatern, Behörden und Handwerkern nötig.

Hohe Kostenlast in Eigentumswohnanlagen

Was die aktuellen Förderprogramme laut Verband noch vermissen lassen: Sie federn die hohe Kostenlast nicht genügend ab, die mit der Modernisierung eines großen Mehrparteienhauses meist einhergehen. „Bei der Formulierung des GEG hat das politische Berlin offensichtlich nicht ausreichend bedacht, welche enormen Kosten auf Eigentümer in Wohnungseigentümergeinschaften zukommen“, sagte Meier in München.

600 bis 1.000 Euro / qm

Laut Studien kämen je nach angestrebtem Effizienzstandard im Bestand zwischen 600 und mehr als 1.000 Euro pro Quadratmeter auf die Wohnungsbesitzer zu. Die Erfahrung der rund 800 Verbandsmitglieder zeige, dass viele mit der Finanzierung umfassender Sanierungsmaßnahmen überfordert seien. Zudem bereiteten hohe Zinsen sowie steigende Baukosten eben nicht nur bei Neubauten erheb-

liche Probleme, sondern auch im Bestand.

„Wenn es die Bundesregierung mit der Energiewende ernst meint, muss sie entschlossen handeln. Sie muss Eigentümern und Verwaltern das nötige Rüstzeug an die Hand geben – und vor allem Planungssicherheit schaffen“, betonte der BVI-Präsident. So würden die zuletzt schnell geleerten Fördertöpfe bei Wohnungseigentümern und Immobilienverwaltern fast zwangsläufig die Frage aufwerfen: Werden auch in Zukunft genügend Mittel vorhanden sein, um die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen umzusetzen?

Langfristige Förderstrategie notwendig

Nach Ansicht des BVI könnten mit gesonderten Förderprogrammen die größten Hürden für WEGs aus dem Weg geräumt werden – sofern die Finanzmittel schnell, unbürokratisch und zielgerichtet abrufbar seien. Nach den Worten von Meier bräuchten Deutschlands Immobilienverwalter die Energiewende im Bestand gerne kompetent voran. Aber dafür brauche es dringend eine klare und langfristige Förderstrategie vom Bund.

Über den BVI

Der BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V. vertritt seit 1983 professionelle Unternehmen aus der Immobilienverwaltung. Insgesamt gehören dem Verband rund 800 Hausverwaltungen an, die über 1,4 Millionen Einheiten betreuen und damit rund 15 Prozent des Bestandes an Eigentumswohnungen in Deutschland. Die von den Verbandsmitgliedern verwalteten Vermögenswerte in der Immobilienwirtschaft betragen über 140 Milliarden Euro. Thomas Meier ist seit mehr als 20 Jahren Präsident des BVI. □



Die Beispielbilder stammen aus dem Albrecht-Ernst-Gymnasium in Oettingen. Attraktive Lernlandschaften werden im Landkreis Donau-Ries sehr gut angenommen, denn sie bringen echte pädagogische Verbesserungen
Bilder: Simon Kapfer, LRA Donau-Ries

Gymnasium Donauwörth:

Bauausschuss stimmt für weitere Lernlandschaften

Als Sachaufwandsträger für die weiterführenden Schulen baut und saniert der Landkreis Donau-Ries seit vielen Jahren fortlaufend seine Schulgebäude. Am Gymnasium Donauwörth, der größten Schule des Landkreises, wird seit mehreren Jahren in verschiedenen Bauabschnitten an einer vollständigen Modernisierung des Schulgebäudes gearbeitet.

Neben baulichen Ertüchtigungen und einer besseren Ausstattung mit modernen Geräten steht dabei auch die Umsetzung eines von einer schulischen Arbeitsgruppe ausgearbeiteten pädagogischen Konzepts im Vordergrund.

Abwechslung im Unterricht

Dabei sind unter anderem insgesamt fünf „freie Klassenzimmer“ bzw. Lernlandschaften für die Klassen der Unterstufe vorgesehen.

Lernlandschaften bzw. „freie

Klassenzimmer“ sind deutlich größer als übliche Klassenräume und offener gestaltet. So wird die pädagogische Zusammenarbeit mehrerer Klassen in einem Raum und damit eine Abwechslung im Unterricht als neuer pädagogischer Anreiz ermöglicht.

Lernlandschaften bereits in mehreren Landkreisschulen

In seiner letzten Sitzung sprach sich der Bauausschuss des Landkreises Donau-Ries mit großer Mehrheit für die Schaffung zweier weiterer Lernland-

schaften am Gymnasium Donauwörth aus und entsprach so dem Wunsch der Schulleitung und der schulischen Arbeitsgruppe. Im vorangegangenen Bauabschnitt konnten schon drei Lernlandschaften realisiert werden. Landrat Stefan Rößle begrüßt die Entscheidung: „Lernlandschaften wurden bereits in mehreren unserer Landkreisschulen umgesetzt und werden sehr gut angenommen. Dass wir nun auch dem Wunsch der Schulleitung am Gymnasium Donauwörth entsprechen konnten, freut mich sehr. Auch der Bauabschnitt IV an unserer größten Landkreisschule wird eine echte pädagogische Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler und um eine Attraktion reicher.“ □

Alternatives Beschaffungskonzept:

Sach- und fachgerechte Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen

Die Unsicherheiten bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen nach Streichung des § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV haben ein Ende: Kammern und Verbände der planenden Berufe haben ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. iur. Martin Burgi, dem Leiter der Forschungsstelle für Vergaberecht und Verwaltungskooperationen an der Ludwig-Maximilians-Universität München, vorgelegt, das eine EU-rechtskonforme Lösung aufzeigt.

Die Frage, wie der geschätzte Auftragswert bei der Vergabe von Planungsleistungen rechtssicher berechnet werden kann, hat seit der Änderung der VgV im letzten Jahr zu erheblichen Unsicherheiten bei den öffentlichen Auftraggebern geführt. Um diese – auch im Interesse der Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer – zu beseitigen, hat Prof. Burgi im Auftrag von Kammern und Verbänden der planenden Berufe die Zulässigkeit eines alternativen Beschaffungskonzepts geprüft.

Entlastung für Vergabestellen und Auftragnehmer

Dieses Konzept erlaubt einen sach- und fachgerechten Umgang mit Vergaben bei Planungs- und Bauaufträgen und entlastet Vergabestellen ebenso wie Auftragnehmer deutlich von Bürokratie. Möglich wird dies durch das europarechtlich verankerte Wahlrecht des Auftrag-

gebers, Planungs- und Bauleistungen entweder getrennt oder gemeinsam, auch kombiniert mit einer Fachlosbildung, zu vergeben. Dabei geht das europäische Vergaberecht davon aus, dass es sich insgesamt um einen Bauauftrag handelt, für den der für die Vergaben von Bauleistungen geltende Schwellenwert von 5.538.000 Euro zur Anwendung kommt.

Mittelstandsfreundliche Vergabe

Denn: Die Streichung von § 3 Abs. 7 Satz 2 VgV lässt den Grundsatz der mittelstandsfreundlichen Vergabe unberührt. Deshalb sind die zu verborgenden Planungs- und Bauleistungen auch bei diesem Beschaffungskonzept in Fach- und Teillote aufzuteilen, was wiederum eine Vergabe nach Haushaltsvorgaben oder der Unterschwellenvergabeordnung eröffnet. Mit anderen Worten:

Architektenleistungen können im Wege eines eigenen Fachloses vergeben werden.

Die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack, begrüßt dieses Ergebnis: „Das Gutachten zeigt nicht nur einen Weg auf, den bürokratischen Aufwand bei der Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen in Grenzen zu halten, sondern ermöglicht vor allem auch regionalen und jungen Architekturbüros, sich erfolgreich um Planungsaufträge, die im Wege von Fachlosen vergeben werden, zu bewerben. Das stärkt gerade angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage die regionale Planungs- und Bauwirtschaft.“

Das Rechtsgutachten „Gemeinsame Vergabe von Aufträgen für Planungs- und Bauleistungen, kombiniert mit Fachlosbildung: Funktionsweise und Rechtskonformität eines alternativen Beschaffungskonzepts (v. a. bei kommunalen Investitionsvorhaben für Klimaschutz, sozialer Infrastruktur, Sanierung, etc.) nach Streichung des § 3 Abs. 7 S. 2 VgV finden Sie unter: <https://bak.de/wp-content/uploads/2024/02/Burgi-Gutachten.pdf>. □

Wissen bringt Rendite

Wie die Deutschen Geld vernichten und was dagegen hilft
Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Dass die Deutschen wissen, wie man spart, ist nichts Neues. Traditionell liegt ihre Sparquote weltweit im Spitzenfeld. 2023 haben sie nach vorläufigen Zahlen voraussichtlich 11,2 Prozent ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante gelegt. Besser sind da nur noch die Nachbarn in der Schweiz und in den Niederlanden. Allein 2023 ist das Geldvermögen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik um rund sechs Prozent auf 7,9 Billionen Euro gewachsen – gestiegene Zinsen und Börsenentwicklung haben den Vermögensaufbau zusätzlich befördert.

Angesichts eines unsicheren wirtschaftlichen und globalen Umfeldes geben die Bundesbürger weniger aus und halten ihr Geld zusammen. Das stellen sie freilich nur begrenzt clever an. Jedenfalls dann, wenn man sich die Ergebnisse der repräsentativen Studie „So investiert Deutschland“ zu eigen macht, die die Commerzbank beim Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos beauftragt und Ende Februar vorgelegt hat.

64 Milliarden Euro Kaufkraftverlust

Etwas mehr als 2,1 Billionen Euro horten die Deutschen auf

LfA-Förderbilanz 2023:

Bayerischer Mittelstand investiert weiter in Modernisierung

2,3 Milliarden Euro für die Zukunft von Bayerns Unternehmen und Kommunen
Trotz Investitionszurückhaltung gestiegene Nachfrage nach Innovationskrediten

Die LfA Förderbank Bayern verzeichnete 2023 ein solides Förderjahr. Erreicht wurde ein Kreditvolumen von rund 2,3 Milliarden Euro für die bayerischen Unternehmen und Kommunen. Davon wurden etwas mehr als 1,6 Milliarden Euro im Rahmen programmgebundener Förderkredite vergeben. Insgesamt nutzten mehr als 3.500 Unternehmen und Kommunen die Angebote der LfA.

In den wichtigen Förderbereichen Gründung (über 465 Millionen Euro) und Wachstum (über 765 Millionen Euro) sagte die LfA Kredite von mehr als 1,2 Milliarden Euro zu. Mehr als die Hälfte der Gründungsförderung wurde für Unternehmensnachfolgen eingesetzt. Die LfA unterstützt Unternehmensübergaben ebenso wie Neugründungen. Einen deutlichen Zuwachs von 33 Prozent gab es beim Innovationskredit 4.0, mit dem im vergangenen Jahr über 350 Unternehmen mit rund 185 Millionen Euro insbesondere Innovations- und Digitalisierungsvorhaben finanziert haben.

Wirtschaftliche Unsicherheiten sowie der Wegfall von Sondereffekten führten dazu, dass

ihren Spargbüchern, Tages- oder Festgeldkonten. Und damit fängt die Malaise an. Der Privatkundenvorstand der Commerzbank, Thomas Schaufler, hat es bei der Präsentation der erwähnten Studie vorgerechnet. Denn, so sein Gedankengang, bei einer durchschnittlichen Inflation von sechs Prozent und einem Einlagenzins von drei Prozent belaufe sich der Kaufkraftverlust auf drei Prozent und damit 64 Milliarden Euro. Ein Verlust, der daraus resultiert, dass die Sparer in Deutschland Anlagealternativen mit besseren Renditen nur wenig nutzen. Zum Vergleich: Rund 3,2 Billionen Euro ihres Geldvermögens halten sie als Einlagen und Bargeld, wei-

tere 2,3 Billionen haben sie in Versicherungsprodukten angelegt. Bei Aktien und Investmentfonds halten sie sich dagegen zurück. Sie investieren hier mit 1,8 Billionen Euro lediglich etwas mehr als 23 Prozent ihres Geldvermögens – und verschenken damit Rendite.

Das alles mag in einem Land, in dem das Sicherheitsdenken in allen Lebensbereichen sehr ausgeprägt ist, nicht verwundern. Doch ist damit die tendenziell einseitige Anlagepolitik der Deutschen nicht vollständig erklärt. Die Commerzbank-Studie weist auf einen Punkt hin, der nachdenklich stimmt. Nämlich die erheblichen Defizite der Bundesbürger, wenn es um ihr Finanzwissen geht – und weil sie sich nicht so gut in Finanzdingen auskennen, legen sie eben ihr Geld in beschriebener Form an, verzichten nolens volens auf Rendite.

Die der Produkt- und Unternehmenswerbung unverdächtige Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat zuletzt in einer eigenen Studie zur Finanzbildung Erschreckendes veröffentlicht: Lediglich 21 Prozent der Erwachsenen sind in Finanzfragen stofffest und: Die Deutschen haben selbst bei der Lösung einfacher Zinsrechnungen Probleme.

Mangelndes Finanzwissen in der Bevölkerung ist in Deutschland ein Thema. Allerdings auch eines, das seit vielen Jahren bekannt ist. Viele politische Anläufe gab es in der Vergangenheit, um Abhilfe zu schaffen. Den letzten hat die Bundesregierung 2023 mit der „Finanzbildungsstrategie für Deutschland“ gestartet. Großes wird zusammen mit der OECD angestrebt – Finanzbildungsplattform und Stärkung der Forschung zur finanziellen Bildung lauten die PR-Schlagworte. Eine fürsorglich gemeinte bildungspolitische Reparaturmaßnahme, mehr aber auch nicht.

Schädliche Zurückhaltung bei Investitionen

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger erklärt: „Innovation, Gründung

und Wachstum waren die Treiber des Förderjahres 2023. Das sind klare Zukunftsthemen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die bayerische Wirtschaft am Puls der Zeit bleiben kann. Für eine neue Aufbruchstimmung müssen deshalb die Rahmenbedingungen stimmen. Die Zurückhaltung bei Investitionen ist schädlich.“

„Auch 2023 hat die LfA den bayerischen Mittelstand mit zielgerichteten Förderangeboten unterstützt. Um den Kreditzugang für die Betriebe und Hausbanken weiter zu erleichtern, haben wir zu Beginn dieses Jahres die bisher getrennten Produkte Start- und Investivkredit zu einem einfachen und schlanken Produkt ‚Gründungs- und Wachstumskredit‘ zusammengefasst. Mit diesem neuen und vielseitig einsetzbaren Kreditprodukt erleichtern wir Unternehmen die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen“, erläutert Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern. □

licht: Lediglich 21 Prozent der Erwachsenen sind in Finanzfragen stofffest und: Die Deutschen haben selbst bei der Lösung einfacher Zinsrechnungen Probleme.

Mangelndes Finanzwissen in der Bevölkerung ist in Deutschland ein Thema. Allerdings auch eines, das seit vielen Jahren bekannt ist. Viele politische Anläufe gab es in der Vergangenheit, um Abhilfe zu schaffen. Den letzten hat die Bundesregierung 2023 mit der „Finanzbildungsstrategie für Deutschland“ gestartet. Großes wird zusammen mit der OECD angestrebt – Finanzbildungsplattform und Stärkung der Forschung zur finanziellen Bildung lauten die PR-Schlagworte. Eine fürsorglich gemeinte bildungspolitische Reparaturmaßnahme, mehr aber auch nicht.

Bayerische Finanzpolitik:

Spitzenrating und FinanzIT BAYERN-Turbo

Erfreuliche Nachrichten aus dem Bayerischen Finanzministerium: Der Freistaat Bayern erhält für seine Finanzpolitik auch 2024 die Top-Note von Standard & Poor's. Die renommierte Ratingagentur bewertet Bayerns Haushaltspolitik damit bereits seit 2012 durchgehend mit dem Spitzenrating ‚AAA/A-1+‘ mit stabilem Ausblick. „Das zeigt: Bayern ist und bleibt der Garant für finanzpolitische Stabilität – trotz vieler Herausforderungen durch die zu bewältigenden Krisen der letzten Jahre. Bayern hat damit nach wie vor von drei Ratingagenturen das jeweils bestmögliche Rating erhalten“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Wir werden auch weiter an diesem Kurs festhalten“, stellte der Minister klar: „Mit dem Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2024/2025 setzen wir unsere solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik in Bayern fort. Unter anderem 52 Milliarden Euro für Bildung und Forschung, 22,4 Milliarden Euro an Investitionsausgaben – das alles schafft der Freistaat Bayern trotz schwieriger Rahmenbedingungen ohne neue Schulden im Staatshaushalt.“

In der Höchstbewertung der Ratingagentur kommen vor allem das starke Finanzmanagement und eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Verschuldung zum Tragen. Dazu gesellen sich die soliden institutionellen Rahmenbedingungen und die sehr widerstandsfähige breit aufgestellte Wirtschaft und Unternehmenslandschaft in Bayern. Abgeschlossen ist unterdessen die Gründung der ‚FinanzIT BAYERN‘: Dank der neuen Organisationsstruktur werden die umfassenden IT-Kompetenzen des Landesamts für Finanzen ab sofort zentral in Regensburg gebündelt.

Füracker zufolge ist Bayern Vorreiter bei der Digitalen Transformation der Steuer- und Finanzverwaltung. „Mit der ‚FinanzIT BAYERN‘ kommen wir unserem Ziel der Volldigitalisierung der Per-

Finanzbildung in die Lehrpläne

Wer das Thema Finanzbildung angehen will, muss konsequent anders ansetzen und Durchhaltevermögen an den Tag legen. Die Ergebnisse der letzten Pisa-Studie diktiert dazu die politischen Hausaufgaben: Wer die Finanzbildung in der Breite und für die Zukunft stärken will, muss Finanzbildung in die Lehrpläne in allen Altersstufen und Schulformen einpassen. Er muss den Anteil leistungsschwacher Schüler in Mathematik von aktuell 30 Prozent deutlich verringern. Er muss jungen Menschen den Alltagsnutzen von Mathematik vermitteln (Zinsrechnung!) und Jugendliche befähigen, den Sinn von Texten zu erfassen, denn da hapert es ebenfalls gewalt-

ig. Wie all das geht? Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) hat im Januar fundiert Positionen zu den „Lehren aus der Pisa-Misere“ formuliert. Wer sie beherzigt, führt auch die deutschen Sparer à la longue zur besseren Anlagerendite.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. □

Die schnelle, effiziente und digitale Kommunikation kommt, so der Minister, sowohl den Beschäftigten als auch den Steuerzahlern zugute. Das erfolgreiche digitale Antrags- und Auskunftportal „Mitarbeiterservice Bayern“ ermögliche voll-digitale Personalprozesse, unter anderem die Bereitstellung digitaler Mitteilungen, Personaldaten, Versorgungsauskünfte und Angebote wie das JobBike Bayern sowie ein Dienstreisemanagement.

Auch im Bereich der digitalen Zahlungsabwicklung des Freistaats stelle die „FinanzIT BAYERN“ moderne ePayment-Verfahren zur Verfügung. Die „FinanzIT BAYERN“ führe kontinuierlich innovative digitale Verfahren ein – so wurde nach erfolgreicher Testphase die Digitale Personalakte Bayern mittlerweile in allen Besoldungsreferaten implementiert. □

BayernLabo emittiert erfolgreich dritten Social Bond im Benchmarkformat

Die BayernLabo hat erneut mit großem Erfolg auf Basis ihres Social Bond Frameworks einen Social Bond am Kapitalmarkt platziert. Die Emission mit einem Volumen von 500 Mio. Euro wird von der Ratingagentur Moody's mit Aaa bewertet. Mit dem Emissionserlös refinanziert die BayernLabo Darlehen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen.

Die erfolgreiche Platzierung wurde von einem Konsortium aus BayernLB, Erste Group, NordLB, Société Générale und UniCredit begleitet. Die Anleihe mit einer Laufzeit von sieben

Jahren weist einen Zinskupon von 2,875 Prozent aus. In einem herausfordernden Marktumfeld stieß der deutlich überzeichnete Social Bond bei den Investoren auf großes Interesse. Die Nachfrage wurde dominiert von Banken-Treasuries und Asset Managern. Mehr als 40 Prozent dabei aus dem Ausland.

Die Bewertungen von anerkannten Nachhaltigkeits-Ratingagenturen bescheinigen der BayernLabo eine herausragende Nachhaltigkeitsleistung. Damit gehört sie auch global zu einem der am besten bewerteten Unternehmen der Branche. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

DSGV-Präsident Prof. Reuter zur Konjunkturprognose 2024:

Leistung muss belohnt werden

„Nur mit klimagerechtem Wirtschaftswachstum kann Deutschlands Wohlstand erhalten bleiben. Die Voraussetzung dafür ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller arbeitsfähigen Menschen in diesem Land und mehr Leistungsbereitschaft“, machte DSGV-Präsident Prof. Ulrich Reuter auf einer Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Konjunkturprognose deutlich.

Nach Einschätzung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe könnte das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr ein Plus von 0,3 Prozent verzeichnen. Der Chefvolkswirt der DekaBank, Dr. Ulrich Kater, verwies darauf, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gleichzeitig unter strukturellem und konjunkturellem Druck stehe. Eine Verbesserung sei in Sicht: „Der private Konsum erholt sich, weil sich die Inflation weiter beruhigt. Gleichzeitig tritt eine Gewöhnung an wieder dauerhaft höhere Zinsen ein, was Investitionen begünstigt. Nicht zuletzt wird der Export wieder anziehen, was für die exportorientierte deutsche Wirt-

schaft besonders wichtig ist.“ Wie Präsident Reuter ausführte, gebe es spezifische Gründe, weshalb Deutschland derzeit schwächer wächst als andere Industrieländer: „Zum einen haben wir – zum Glück und anders als in vielen anderen Ländern – eine ausgeprägte Industrie in diesem Land, häufig energieintensiv. Die muss unbedingt hier gehalten werden. Zum anderen ist Deutschland ein starkes Exportland. Die schwächelnde Weltkonjunktur trifft uns deshalb besonders. Mir ist deshalb wichtig, dass sich unser Land, vor allem die Politik, auf die Rahmenbedingungen konzentriert, die die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und verbessern.“

Für die Zukunft entscheidend ist aus Reuters Sicht eine sichere und kostengünstige Energieversorgung – „vor allem für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“. Aus guten ökologischen Gründen habe sich Deutschland entschieden, dass regenerative Energien künftig die Basis sein sollen. Diese seien heute im Preis durchaus wettbewerbsfähig. Sie benötigten allerdings für den Ausgleich von Belastungsspitzen Reservekapazitäten – für eine gewissen Zeit noch Kohle, möglichst schnell Gas und langfristig Wasserstoff. Die dazu laut Bundesnetzagentur notwendigen 25 Gigawatt – das sind rund 50 Gaskraftwerke – müssten so finanziert werden, dass sie nicht zu einer dauerhaften Belastung der Energiepreise und damit der Wettbewerbsfähigkeit werden.

Als weiteren entscheidenden Erfolgsfaktor betrachtet der DSGV-Chef die internationale Ausrichtung der deutschen Wirt-

schaft. „Sie ist dadurch allerdings nicht nur konjunkturell für globale Störungen anfällig, sondern auch in den Lieferketten. Wir haben das gesehen im Rahmen der Corona-Phase, zu Beginn des Kriegs gegen die Ukraine, beim querliegenden Frachter im Suez-Kanal und jetzt bei den Schiffs-Angriffen der Huthis im Roten Meer. Es ist deshalb wichtig, dass sich die deutsche Wirtschaft bei den Zulieferern breiter – auch regional breiter – aufstellt“, unterstrich Reuter und ergänzte: „Ich denke, dass die Politik diesen Prozess gut unterstützen sollte und könnte – durch mehr Partnerschaften mit weiteren Schwellenländern und durch gezielte Auslandsinvestitionen.“

Die deutsche Wirtschaft brauche schlichtweg mehr Partner in der Welt. Dies müsse politisch flankiert werden. Dank des Europäischen Binnenmarktes sei die EU neben China und den Vereinigten Staaten einer der drei größten globalen Akteure im internationalen Handel. Der Europäische Binnenmarkt helfe den EU-Mitgliedsstaaten, sich auf dem Weltmarkt zu behaupten und stärke den Einfluss der EU in der Welt. Eine Abwendung von der EU wäre deshalb nach Reuters Auffassung ökonomischer Unsinn.

Für die Zukunft entscheidend

schafft zu verhelfen und die Inklusionsbewegung voranzubringen. In Oettingen war die Delegation für Bocchia und Leichtathletik aus Kambodscha zu Gast. Das bunte Programm beinhaltete auch einen Spiel-, Sport- und Gesundheitstag, der sich alle zwei Jahre wiederholen soll. Die auf der Freibadinsel gebaute Bocchia-Bahn kann von der Bevölkerung genutzt werden. Während der Host-Town-Woche wurde auch ein großer inklusiver Fackellauf in der Innenstadt ausgerichtet.

Nachdem urbaner Gartenbau in Großstädten längst zum Trend geworden ist, gibt es seit 2023 auch ein solches Projekt in Donauwörth. Volkshochschule und Stadtverwaltung haben sich hier zusammengesetzt, um jungen Familien die Chance zu bieten, für sich zu gärtnern. Auf zehn Parzellen kann je nach Bedarf angepflanzt werden, was beliebt. Professionelle Begleitung und Beratung vom Gärtner gibt es obendrauf.

Der Verein Transition Town Donauwörth („Stadt im Wandel“) steht für mehr Gerechtigkeit und Achtsamkeit im Umgang mit Menschen, Umwelt und Erde, nimmt regelmäßig an Treffen eines Nachhaltigkeitsstammtisches teil und unterstützt diesen bei seinen Aktivitäten. Themen bei Veranstaltungen mit Referenten, die sich auf Nachhaltigkeit spezialisiert haben, sind beispielsweise die Donauwörther Klimawoche, Reinigen ohne Plastik und Tipps für nachhaltige Putz- und Waschmittel sowie müllsparende Verbräuche im Haushalt.

Der Vorsitzende der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth“, Oberbürgermeister Jürgen Sorré, wertete die Vergabe des Nachhaltigkeitspreises als eine „ausgezeichnete Idee, um sich für eine lebenswertere Welt einzusetzen“. Dies zeige sich auch am Einreichen der Vielzahl an guten und auszeichnungswürdigen Vorschlägen.

Landrat Stefan Röfle, ebenfalls im Stiftungsvorstand vertreten, verwies auf das langjährige, vielfältige Engagement im Landkreis für mehr Nachhaltigkeit. „Wir nehmen die Aufgabe sehr ernst, denn Kommunen spielen für die Verwirklichung praktischer Ziele einer nachhaltigen Entwicklung eine wichtige Rolle. Hier leben die Menschen, die nachhaltige Entwicklung im alltäglichen Handeln aktiv umsetzen und die Veränderungen spüren“, unterstrich Röfle. **DK**

sei auch der Einsatz neuer Technologien und vor allem von KI. „Dabei müssen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der eigenen Souveränität gleichermaßen im Auge behalten. Konkret: Im B-to-C-Geschäft liegen heute die meisten Daten bei globalen Big-Techs, die deren Nutzungsmöglichkeiten nicht fair teilen. Das ist ein erheblicher Wettbewerbsnachteil europäischer Anbieter – eine unfaire Wettbewerbsbeschränkung. Das darf im B-to-B-Geschäft nicht auch noch passieren. Denn hier hat Deutschland derzeit noch große, selbst erarbeitete Wettbewerbsvorteile, die wir nicht unfreiwillig und fahrlässig Dritten überlassen dürfen. Deshalb ist es wichtig, dass die Forschung und Anwendung künstlicher Intelligenz für Unternehmen und für die Politik ein zentraler Faktor ist bzw. wird. Das betrifft etwa die Verfügbarkeit von Großrechnereinheiten.“

Benötigt werde zudem eine neue Leistungskultur. Reuter zufolge sollte die Politik den Menschen in diesem Land klarer als bisher sagen, dass der Weg hin zu neuer Wettbewerbsfähigkeit nur mit neuen und auch größeren Anstrengungen erfolgreich zu bewältigen ist. Ich verstehe deshalb, wenn Arbeitnehmende einen fairen Anteil am Wertzuwachs haben und auch durchsetzen wollen. Wir alle müssen aber auch verstehen: Es ist jetzt nicht die Zeit, für kürzere Arbeitszeiten einzutreten. Im Gegenteil: Wir alle müssen die Ärmel hochkrempeln, um uns aus den aktuellen Schwierigkeiten herauszuarbeiten.“

Leistung und zusätzliche Arbeit sollten deshalb gefördert und belohnt werden. „Ich könnte mir zum Beispiel politisch vorstel-

len, zusätzliche Arbeitsstunden über ein definiertes Mindestmaß hinaus steuerlich zu entlasten oder eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit steuerrechtlich oder sozialversicherungsrechtlich stärker zu belohnen. Umgekehrt muss jetzt wirklich und ernsthaft die Leistungsfähigkeit und Leistungsbeurteilung von Unternehmen und Arbeitnehmenden durch den Abbau überzogener Bürokratie- und Berichtspflichten entfesselt werden. Angekündigt wurde das schon oft, bisher ist für die Unternehmen kein Vollzug sichtbar geworden“, stellte der Sparkassenpräsident fest.

„Wir als Sparkassen-Finanzgruppe sind bereit und in der Lage, den Weg hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen und zu finanzieren. Wir sind überall in Deutschland der wichtigste Ansprechpartner, wenn es um Unternehmensfinanzierungen geht. 42 Prozent aller Unternehmenskredite kommen aus unserer Gruppe, rund drei Viertel aller Unternehmen sind unsere Kunden“, betonte Reuter und fuhr fort: „Wir stehen für stabile Finanzierungen. Wir begleiten unsere Kundschaft dabei, ihre Geschäftsmodelle von ‚braun‘ zu ‚grün‘ zu entwickeln. Damit unterstützen wir wesentlich den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft.“ Die Sparkassen seien für diese Aufgabe ausreichend kapitalisiert. „Und wir werden unsere ökonomische Substanz auch weiter stärken. Gleichzeitig wollen wir – im Firmenkundengeschäft und im Privatkundengeschäft gleichermaßen – unsere schon starke Marktstellung schrittweise weiter ausbauen“, hob Reuter abschließend hervor. **DK**

GVB zu EU-Krisenmanagement- und Einlagensicherungsregeln:

Finanzstabilität und Proportionalität wahren

Im April 2023 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für eine Überarbeitung der Regelungen zum Krisenmanagement von Banken und zur Einlagensicherung (Crisis Management & Deposit Insurance, CMDI) vor. Damit sollen die europäischen Abwicklungsvorschriften künftig nicht mehr nur für internationale Großbanken gelten, sondern auf mittlere und kleinere Banken ausgeweitet werden. Die Änderungen betreffen aber auch weitere Kernelemente wie die genossenschaftliche Institutssicherung.

Wie der Bayerische Genossenschaftsverband in einem Positionspapier darlegt, möchte die Europäische Kommission mit der CMDI-Reform das EU-Krisenmanagement ausbauen und einen einheitlichen Abwicklungsansatz für in Schieflage geratene Banken etablieren. Durch eine Ausweitung des Anwendungsbereichs auf nicht-systemrelevante Banken würden die regulatorischen Anforderungen auch für kleine Institute an die der Großbanken angeglichen. Zudem sollen effiziente nationale Absicherungsmechanismen zugunsten einer europäischen Lösung abgelöst werden.

Aus Sicht des GVB verletzt der Gesetzentwurf durch die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Proportionalitäts- und den Subsidiaritätsgrundsatz. Für die Ausweitung des EU-Abwicklungsregimes bestehe kein Anlass. Nationale Sicherungs- und Insolvenzregeln seien bereits bestens geeignet zu garantieren.

„Regionalbanken sind im europäischen Kontext nicht systemrelevant und durch nationale Systeme abgesichert“, unterstreicht der Genossenschaftsverband. „Der Kommissionsvorschlag erläutert folglich nicht, wie eine Ausweitung des Abwicklungsmechanismus auf nicht-systemrelevante Banken die Finanzstabilität erhöhen soll und Eingriffe in nationale Sicherungstöpfe rechtfertigt. Im Gegenteil kann die beabsichtigte, möglichst schnelle Abwicklung das Vertrauen in das Bankensystem beschädigen.“ Darüber hin-

aus sei im Legislativpaket eine Vereinheitlichung effizienter nationaler Instituts- und Einlagensicherungssysteme vorgesehen. Das geplante Verfahren für den präventiven Einsatz von Einlagensicherungsmitteln ist laut GVB jedoch praxisfern und der Prozess zur Kostenoptimierung würde den präventiven Mitteleinsatz faktisch unmöglich machen. Dem vorausschauenden Charakter der genossenschaftlichen Institutssicherung werde mit dem Vorschlag nicht Rechnung getragen, und das obwohl sich die Institutssicherung und das genossenschaftliche Prüfungssystem seit über 80 Jahren bestens bewährt haben. Eine Einschränkung der präventiven Maßnahmen von Institutssicherungen wäre daher der falsche Weg für die Finanzstabilität in Europa.

„Kleine und mittlere Institute leisten bereits heute finanzielle Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds sowie zur Finanzierung des Single Resolution Boards (SRB). Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, worin der Mehrwert für die Finanzstabilität liegt, wenn kleine Institute zusätzlichen, unverhältnismäßigen Kosten ausgesetzt werden“, stellt der GVB fest. „Sie sollten daher gänzlich von der Ausweitung des EU-Abwicklungsregimes ausgenommen werden. Auch die deutschen Instituts- und Einlagensicherungssysteme haben ihre Praxistauglichkeit bewiesen. Eine Ausbehebung dieser funktionierenden Systeme muss verhindert werden, da ansonsten Fehlanreize erzeugt würden.“ **DK**

Für eine lebenswerte Welt

Stiftung der Sparkasse Donauwörth vergab erstmals Nachhaltigkeitspreis

Premiere bei der „Stiftung der Sparkasse Donauwörth“: Erstmals vergab sie den mit 10.000 Euro dotierten Nachhaltigkeitspreis. Diese Auszeichnung wurde an 13 Vereine und Organisationen verliehen, die sich in Bereichen wie Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Umweltschutz engagieren.

Zu den Preisträgern zählt das Reparatur-Café, Landratsamt Donau-Ries mit Partnern. Unter dem Motto „Reparieren statt Wegwerfen“ bringen ehrenamtliche Helfer (Näher, Fachkräfte, Meister und Bastler) kaputte Gegenstände in Donauwörth und Nördlingen wieder in Gang. Bezahlt werden nur die Ersatzteile. Hauptziel des Projekts ist es, ein Umdenken in den Menschen zu wecken, vom wachsenden Wegwerftrend hin zur Sensibilisierung für Ressourcen. Ein weiteres Reparatur-Café in Harburg ist in Planung.

Eine Projektwoche der Leonhard-Fuchs-Grundschule und Mittelschule Wemding zum Thema „Fairtrade“ überzeugte so, dass der Prozess zum „Zertifikat Fairtrade-School“ angestoßen wurde. Im Mittelpunkt stehen faire Produkte, wie z.B. Kaffee im Lehrerzimmer, Bananen in der Schulobstaktion, Hefte mit blauem Engel, Pausenverkauf mit fair gehandelten Snacks und Getränken sowie der Versuch, regionales Einkufen näher zu bringen, wozu es auch eine Wanderausstellung an der Schule gab.

Am Albrecht-Ernst-Gymnasium Oettingen wurde ein nachhaltiger Schulgarten mit Gemüse und Kräutern zur Bereicherung der Schulküche angelegt. Verwendung fand ein Hochbeet aus Altholz und ein Komposthaufen. Verzichtet wurde auf Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel. Das Projekt soll anderen Schulen als Vorbild dienen.

Das Projekt „Wasser – ein kostbares Gut“ der Sebastian-Franck-Grundschule Donauwörth-Parkstadt wurde zum 50-jährigen Schuljubiläum gestartet, auch aufgrund des Trinkwasserproblems in der Parkstadt. Ein Musical („Wassertropfen-Weltreise“) wurde einstudiert, zudem wurden eine Ausstellung von UNICEF („Wasser ist Leben“) und ein Sponsorenlauf („Running for water“) organisiert. Im Rahmen der ressourcenschonenden Verwendung von Wasser wird der Schulgarten nur noch mit gesammeltem Regenwasser bewässert. Plakate sollen auf der Schultoilette zum Wassersparen animieren.

Der Abschlussjahrgang der Anton-Jaumann-Realschule Wemding stellte sich die Aufgabe, eine eigene Biogas-Anlage zu bauen. Mit Unterstützung der Schule und eines Sponsors wurden ein

passender Behälter und die Technik angeschafft, um so die Funktionsweise nachhaltiger Energiegewinnung kennenzulernen. Mit dieser wurde beispielsweise Nudelwasser erhitzt und ein Mittagessen zubereitet.

Private Wirtschaftsschule Donauwörth

Die Private Wirtschaftsschule Donauwörth erreichte mit ihrem verankerten Leitbild beim Thema Umwelt- und Klimaschutz eine Auszeichnung als „Umweltschule in Europa/Internationale Nachhaltigkeitsschule“. In den Klassen wird ein strenges, von Lehrkräften überwacht Heizprotokoll mit dem Ziel geführt, den Energieverbrauch zu senken. Außerdem setzten Schüler unter Anleitung eines Försters in Zusammenarbeit mit der Stadt Donauwörth Rotbuchensetzlinge. Das Wachstum soll informativ bei Wandertagen begleitet werden. Darüber hinaus wurde mit einer Bodenanalyse der Schulgarten angelegt und passend gedüngt. Bewusst wird auf Chemikalien und Giftstoffe verzichtet und der Umgang mit Regenwasser sowie die Kompostwirtschaft erlernt. Angelegt wurden zudem Nisthilfen für Vögel und Bienen, Igelunterschlupfe und ein Miniteich. Gebaut wurde auch ein „grünes Klassenzimmer“ für den Unterricht im Freien. Der Naturgarten wurde vom Landratsamt zertifiziert.

Das Hauptziel des Deutschen Alpenvereins, Sektion Donauwörth, ist die Klimaneutralität bis 2030. Im Rahmen nachhaltiger Mobilität sollen Zielorte klimaschonend und möglichst wohnortnah geplant werden. Dazu gehören unter anderem Fahrgemeinschaften, ein sektionsinternes Tempolimit bei 120, ein vereinsinternes Klimabudget bei Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Planung der Ziele mit anderen Sektionen zur Auslastung des Reisebusses und perspektivisch der Umstieg auf Busse mit nachhaltigen Antrieben. Zusätzlich verfolgt der Verein die Umstellung auf Ökostrom, die Aufstellung einer CO₂-Bilanz, den Einbau einer digitalen Wärmesteuerung für das Vereinsheim, die Nutzung regionaler Getränke und vegetarischer Alternativen, möglichst Fairtra-

de oder Recycling-Produkte. Das Aktionsbündnis „Monheim summt!“ hat bisher über 70.000 Blumenzwiebeln ausgepflanzt. Das Projekt hat das Hauptziel „Insektenschutz“, dazu sollen Blühflächen geschaffen, Beete insektenfreundlich umgestaltet werden, das Nahrungsangebot für Insekten erweitert, Nisthilfen angelegt und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Erweitert wurde das Projekt durch eine Aktion mit Streuobstwiesen, die Bürger künftig nutzen können. Um einen möglichst insektenfreundlichen Garten zu entwickeln, bietet das Bündnis eine Gartenberatung an.

Das Gymnasium Donauwörth führt im Rahmen der Umwelt AG verschiedene Aktionen durch, um die Schüler für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren. Projekte waren unter anderem eine Handysammelaktion mit 269 Altgeräten, deren Verkaufserlös an die Missio München gespendet wurde, ein zentraler Heftverkauf auf Recyclingpapier in der Schule, das Erstellen eines Erklärvideoes zum Thema Artenvielfalt und die Teilnahme an der Müllsammelaktion des AWW.

Arbeitskreis Nachhaltigkeit Oettingen

Der Arbeitskreis Nachhaltigkeit Oettingen wartet mit zahlreichen Beiträgen zur Sensibilisierung und Bildung der Bevölkerung in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf. Weitere Themen sind Vorträge in der VHS zu Themen wie ökologische und soziale Aspekte bei der Bekleidung, Schulung von Bauhofmitarbeitern zu Baumbepflanzung, Heckenschnitt und Mähen, Initiative zur Anschaffung von Pfandringen an Müllbehältern, Teilnahme an der Mehrweginitiative „Nachhaltiges Nordschwaben“, Aktion gegen Schottergärten, Unterstützung von Projekten der AG Umweltschutz an der Grund- und Mittelschule, Organisation von Müllkippen-Sammelaktionen und Aufstellen von Kippensammelbehältern sowie Aufklärungsarbeit über die Schädlichkeit des Rauchens.

Die Stadt Oettingen hat im Sommer in Zusammenarbeit mit der Diakoneo, die auch an der Organisation des Host-Town-Programms maßgeblich beteiligt war, den Zuschlag für die Special Olympic World Games erhalten, deren Ziel es ist, Menschen mit geistiger Behinderung durch den Sport zu mehr Anerkennung, Selbstbewusstsein und letztlich zu mehr Teilhabe an der Gesell-

KRITIS – besserer Schutz für Strom, Wasser, Netze und Co.

Europäische und nationale Gesetze ziehen Sicherheitszaun um Kritische Infrastrukturen

Anschläge auf Erdgas-Pipelines, durchtrennte Kabel bei der Bahn, Spionage-Drohnen über Truppenübungsplätzen: Die Kritische Infrastruktur (KRITIS) ist verletzlich. Europäische wie nationale Gesetze und Verordnungen sollen Abhilfe schaffen und künftig etwa Energieversorger, Unternehmen der medizinischen Versorgung oder des Transports besser schützen. Mit dem geplanten KRITIS-Dachgesetz sollen auch weitere Branchen zur Bewertung von Risiken, zu Mindeststandards und zentralem Störungsmonitoring verpflichtet und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zur übergeordneten Behörde umgebaut werden.

Der Bund nimmt mit dem Dachgesetz demnächst auch die Privatwirtschaft stärker in die Pflicht. Künftig soll es mindestens elf Sektoren der Kritischen Infrastruktur geben: Energie, Verkehr, Bankwesen, Finanzmarkt-Infrastrukturen, Gesundheit, Lebensmittel, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur, öffentliche Verwaltung und Weltraum. Wer in Kürze dazu zählen könnte, sollte sich jetzt mit den Anforderun-

gen und Möglichkeiten vertraut machen – und wird schnell feststellen: Technik und etablierte Standards für Hochsicherheitsbereiche sind längst vorhanden, das Know-how der Sicherheitsbranche ist enorm.

Videosicherheitssysteme als moderne Gefahrenabwehr

Ob Umspannwerk, Recyclinganlage oder Flughafen – die Be-

drohungsszenarien sind immer individuell. Wollen zum Beispiel Energieversorger Metallklie von ihrem Gelände fernhalten, ist es hingegen die Aufgabe von Justizvollzugsanstalten, Straftäter fest-



360-Grad-Schutz für Kritische Infrastrukturen umfasst Grundstücksgrenze, Gelände und Luftraum sowie Gebäudeaußenhaut und Innenräume. Bild: Securiton Deutschland

Katastrophenschutztage in Schweinfurt

Beutlhauser liefert Know-how und Technik für den Ernstfall

Schweinfurt. Katastrophen kündigen sich in der Regel nicht an. Sie kommen unerwartet und zwingen Hilfsorganisationen, Behörden und Kommunen zum sofortigen Handeln. Wie gelingt es, die Stromversorgung für die kritische Infrastruktur aufrechtzuerhalten? Welche Maßnahmen stellen den Schutz der Bevölkerung sicher? Wie lässt sich eine kontinuierliche Versorgung mit Frischwasser gewährleisten? Fehlen im Ernstfall die Antworten auf diese drängenden Fragen, geht wertvolle Zeit verloren. „Deshalb ist Prävention im Katastrophenschutz das Mittel der Wahl“, sagt Alexander Westermann, Vertriebsleiter des Geschäftsbereichs Baugeräte bei Beutlhauser in Schweinfurt. Er war es auch, der die ersten Katastrophenschutztage von Beutlhauser initiiert hatte.

Im Februar waren Vertreter von Kommunen, Stadtverwaltungen, Energieversorgern, Bauhöfen sowie von Feuerwehren und Hilfsorganisationen in die Schweinfurter Beutlhauser-Niederlassung eingeladen, um sich einen umfassenden Überblick über das Thema zu verschaffen. „Wir möchten für den Katastrophenschutz sensibilisieren und vor allem eine einheitliche Informationsbasis schaffen, welche technischen Produkte für die Schadensabwehr benötigt werden“, so Westermann.

Verpflichtung ohne exakte Vorgaben

Katastrophenschutz ist kein neues Thema. In den letzten Jahrzehnten war es allerdings in den Hintergrund gerückt. Diverse Großschadensereignisse in der jüngeren Vergangenheit, darunter insbesondere das verheerende Hochwasser im Ahrtal im Sommer 2021, sorgten schließlich dafür, dass Katastrophenschutz auf der Prioritätenliste wieder nach oben gerückt ist. „Plötzlich wurde hinterfragt, ob Hilfsorganisationen und Kommunen mit der passenden Ausrüstung ausgestattet sind“, berichtete Westermann. Zwar gilt nahezu bundesweit ein System, wonach Gemeinden und Kommunen verpflichtet sind, im Katastrophenfall für Bürger Katastrophenschutz-Leuchttürme bereitstel-

len zu müssen. Das sind zentrale, notstromversorgte Gebäude, die Hilfesuchenden als Orientierungspunkte und Anlaufstellen bei einem Stromausfall dienen.

Das Problem: Sämtliche Vorgaben zum Katastrophenschutz werden derzeit nicht mit exakten Anforderungsprofilen an die technische Ausrüstung untermauert. Für Verantwortungsträger ist es schwierig, eine gut informierte Entscheidung zu treffen. Hier setzt Beutlhauser an: mit Know-how und der passenden Technik. „Wir wollen zeigen, was machbar ist, wenn man querdenkt und Baustellentechnologie mit Sicherheitstechnologie vereint. Die benötigten Gerätschaften liefern wir aus einer Hand.“

Notstrom, Frischwasser und Notunterkünfte

In Theorie und Praxis wurden die wichtigsten Themen beleuchtet. Beispielsweise teilten Markus Ullrich, Brandinspektor beim Landratsamt Bad Kissingen, und Christian Müller, Geschäftsführer der Ingenieurgesellschaft IDEAS, in Fachvorträgen ihr Wissen zur sicheren Notstromversorgung. Die Botschaft: Ein Stromgenerator allein tut es nicht. Um Sach- und Personenschäden durch Überspannung zu vermeiden, ist die Ermittlung des richtigen Aggregats mithilfe von Messtechnik

essenziell.

Das breite Portfolio an Stromerzeugern und Pumpen, die bei einer Katastrophe wie einem Hochwasser benötigt werden, präsentierte ein Team von Atlas Copco – in Fachvorträgen, aber auch bei Live-Vorführungen. Zur Ausstellung zählte zudem ein Lagercontainer mit 20 Fuß, in dem sich ein Edelstahlfrischwassertank befand. „In den Behälter kann man frisches Wasser einlaufen lassen und den Container dann ins Katastrophengebiet fahren. Über eine spezielle Filter- und Regeltechnik lässt sich vor Ort die Frischwasserversorgung sicherstellen“, erklärte Alexander Westermann.

Container kommen auch zum Einsatz, wenn kurzfristig Notunterkünfte, Sanitär- und Sanitätscontainer oder weitere Unterbringungsmöglichkeiten benötigt werden. „In Ahrweiler haben wir in nur sechs Wochen sogar eine ganze Schule aus Containern aufgebaut.“

Sicher feiern in Bayern

Mehr Sicherheit für Mädchen und Frauen auf Veranstaltungen

Großveranstaltungen, Festivals, Sportevents, Volksfeste und Konzerte werden jährlich in Bayern von Millionen Menschen besucht, auch von vielen Frauen. Obwohl es verbindliche Sicherheitskonzepte für solche Veranstaltungen gibt, erleben viele Frauen dort Belästigungen und Übergriffe bis hin zu Straftaten. Die vorhandenen Sicherheitskonzepte enthalten keine verpflichtenden Regelungen und Maßnahmen für die Sicherheit von Frauen.

Konsum von Alkohol und Drogen ist kein Freibrief für übergriffiges Verhalten. Die Zahl der Übergriffe, zum Beispiel auf dem Oktoberfest, ist erschreckend hoch, wie die Aktion „Sichere Wiesn“ (<https://sicherewiesn.de/wordpress/jahreskurzbericht>) belegt. Entsprechend hoch ist die Dunkelziffer bei Gewaltdelikten gegen Frauen auf solchen Veranstaltungen. Viele der größeren Veranstaltungen treffen bislang keine Vorkehrungen zur Sicherheit von Frauen.

Bayerischer Landesfrauenrat fordert:

- **Aufklärung und Prävention:** Durchführung von Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit den Veranstaltern, um mehr Bewusstsein für das Problem zu schaffen (Plakat-Aktionen im öffentlichen Raum, Hinweise auf Hilfsangebote und Notrufnummern in Sanitäreinrichtungen und im öffentlichen Raum, „Postkarten“ zum Mitnehmen in Schulen, Lokalen, Clubs, etc.).
- **Sicherheitskonzepte:** Erarbeitung eines verbindlichen modularen Sicherheitskonzeptes für verschiedene Veranstaltungstypen in Anlehnung an die Konzepte der ‚Sichere Wiesn‘, wie z.B. Ein-

zuhalten. Videosicherheitssysteme von Securiton Deutschland lassen sich flexibel den jeweiligen Aufgaben anpassen – in Kombination mit intelligenten Videoanalysen bilden sie das Rückgrat der modernen Gefahrenabwehr. Analyse-Algorithmen sichten und bewerten die Flut an Kamerabildern. Gefährliche Situationen, Unregelmäßigkeiten und unerwünschte Ereignisse werden zuverlässig erkannt und in Echtzeit gemeldet –

erst danach muss der Mensch aktiv werden.

Speziell für Kritische Infrastrukturen hat Securiton Deutschland ein eigenes Analyse-Modul entwickelt. IPS Critical Infrastructure Protection schützt die kritischen Anlagen gegen Einbruch, herumlungende Personen und Kamerate sabotage.

Die Außenbereiche besonders sensibler und schützenswerter Einrichtungen sichert das Videosicherheitssystem mit dem patentierten Zonenkonzept. Es erkennt verlässlich Übertritte und verdächtige Bewegungen. Im Ernstfall nimmt das System sogar virtuell die Verfolgung auf, und Sicherheitskräfte wissen jederzeit ganz genau, wo sich ein mutmaßlicher Täter aufhält oder in welche Richtung er sich bewegt. Das Videosicherheitssystem wird exakt auf die besonderen Projektanforderungen abgestimmt. So entsteht ein hochstabiles Frühwarnsystem zur Gefahrenerkennung. Das Bildmaterial wird für eine gewisse Zeit gespeichert und datenschutzkonform verarbeitet. Diese Form der Prävention begrenzt den Schaden, vermeidet daraus resultierende Störfälle, spart Kosten und unterstützt das Fachpersonal maßgeblich. Ergänzend können zur Bewertung der Lage auch Aufklärungsdrohnen entsandt werden, um die Alarmursache genauer zu verifizieren.

Wärmebildkameras behalten auch bei schwierigen Umgebungsbedingungen selbst nachts das Umfeld im Blick: Denn herumlungende Personen könnten beispielsweise ein Ziel aus spähen. Werden sie direkt durch Lautsprecher angesprochen, ist der Aufenthalt in den meisten Fällen schnell und kontaktlos beendet. Zäune können darüber hinaus mit Detektionssensoren ausgestattet und überwacht werden. Alarme verarbeitet die zentrale Sicherheitsmanagement-Plattform.

Eine Schutzkuppel für KRITIS

Das Dome-Security-Konzept von Securiton Deutschland legt sich digital wie eine schützende Kuppel über die Liegenschaft. Ergänzend zur Bodensicherung kann auch eine Überwachung des bodennahen Luftraums sinnvoll sein. Die Technik kann feindliche Drohnen erkennen, abweh-

ren oder wahlweise übernehmen und kontrolliert landen lassen. Die Detektion liefert Daten zu den Positionen von Pilot und Drohne, zu ihrer Flugbahn und Flughöhe – sogar den Modelltyp erkennt sie.

Risiken bewerten Standards festlegen

Risiken und Wahrscheinlichkeiten müssen zunächst bewertet, Schutzziele bestimmt und präventive Maßnahmen definiert werden. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist für jeden Anwendungsfall ratsam. Betreiber müssen ihre Investitionen sorgsam planen – in Bezug auf Planungs-, Personal- und Kapitalressourcen. Das Dachgesetz sieht wenigstens eine Bewertung von Risiken, die Definition von Mindeststandards und ein zentrales Störungsmonitoring vor. Gefahrenabwehrsysteme von Securiton Deutschland sind modular aufgebaut und können jederzeit auch erweitert werden. Der Sicherheitsexperte betreut bundesweit den gesamten Errichtungsprozess von der Beratung bis zur Wartung.

Über Securiton Deutschland

Securiton Deutschland mit Hauptsitz in Achern ist führender Systemanbieter und Anwendungsspezialist von Alarm- und Sicherheitssystemen mit einer Firmengeschichte von 45 Jahren. Die Experten sind spezialisiert auf elektronische Sicherheitslösungen „Made in Germany“.

Die Lösungsvielfalt und das Applikations-Know-how an integrativen Gesamtsystemen für den Brandschutz sowie den Objekt- und Perimeterschutz zur Luft- und Bodensicherung reicht von vernetzten Brand- und Sonderbrandmeldesystemen zur Brandfrühsterkennung über intelligente Videosicherheitssysteme mit modularen Videoanalysen, hochmodernen Drohnensicherheitsystemen zur zuverlässigen Detektion und kontrollierten Übernahme, Gefahren- und Einbruchmeldesysteme, Zaundetektionslösungen und Zutrittskontrolle bis hin zu Sicherheitsmanagementsystemen. Securiton schützt Leben und Sachwerte – in allen Anwendungsumfeldern. □



Zentraler Bestandteil der Katastrophenschutztage von Beutlhauser in Schweinfurt war eine Live-Vorführung mit verschiedenen Gerätschaften. Sie zeigte beispielsweise, wie es bei einem Stromausfall in der Nacht möglich ist, dass die Lichtquellen weiter zur Verfügung stehen. Bild: Beutlhauser

IPS Intelligent Video Software

Alarmsituationen automatisch erkennen, bevor sie entstehen. Hochstabil und verlässlich.

Videosicherheit ist intelligente Videoüberwachung mit IPS-Faktor.

Besonders. Sicher.
securiton.de/ips-faktor

SECURITON

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich bin Erster Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding. Bei uns leben rund 3.300 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Am 01.05.2002 habe ich mein Amt zum Bürgermeister der Gemeinde Oberschneiding angetreten. Dieses Amt habe ich anfangs 12 Jahre ehrenamtlich ausgeführt, seit 2014 bin ich hauptamtlicher Bürgermeister. **Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Ich war vorher 25 Jahre lang Sozialversicherungsfachangestellter bei der AOK Bayern. Seit der hauptberuflichen BGM-Tätigkeit übe ich meinen ursprünglichen Beruf nicht mehr aus.

Ewald Seifert

Erster Bürgermeister
der Gemeinde Oberschneiding

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich wollte, dass in bestimmten Bereichen (Schuldenabbau, Bauplätze für junge Familien, Ansiedlungen) etwas vorwärts geht und zeigen, dass es tatsächlich auch geht, wenn man es richtig anpackt.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe mich nicht speziell darauf vorbereitet. Vor meinem Amtsantritt war ich bereits sechs Jahre im Gemeinderat und im Kreistag tätig. Ich habe daher die Probleme schon gekannt, die auf mich zukamen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Gemeinde hatte keine finanziellen Spielräume. Es gab keine Ansiedlungsflächen für Betriebe und somit dementsprechend auch nur sehr geringe Gewerbesteuererinnahmen. Außerdem wanderten sehr viele junge Oberschneidinger ab, weil in ihrer Heimatgemeinde keine Bauplätze zu erwerben waren.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?



Grundsätzlich sicher die gleichen, wie in allen Gemeinden. Besonders Sorgen macht mir die zunehmende Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger vom politischen Geschehen. Das betrifft uns ja nicht nur in Berlin, sondern auch in den Gemeinden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ich versuche immer wieder unserer Bürgerschaft klarzumachen, dass die Demokratie die beste Staatsform ist, die es gibt, dass sie aber nicht kostenlos zu haben ist. Der Preis dafür ist regelmäßiges Interesse.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Wenn Ihr etwas für Eure Gemeinde tun wollt, nur zu. Es macht Spaß, etwas zu bewegen. Aber achtet immer auf Eure Unabhängigkeit. Politik sollte nie zum „Job“ werden.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Wir informieren breit gefächert auf allen Kanälen. Wir verfügen über eine Gemeinde-App, haben eine Homepage und Social-Media-Kanäle. Es gibt dreimal jährlich ein Gemeindefest, mindestens einmal jährlich eine Bürgerversammlung, Informationsvideos über Gemeinderatssitzungen und Berichte in der aktuellen Tagespresse. Derzeit sind wir gerade dabei ein Mitarbeiterinformationssystem einzuführen, um Informationen schnellstmöglich transportieren zu können. Außerdem nehme ich mir oft und gerne auch Zeit für ein persönliches Gespräch.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Schwer zu sagen. Wir sollten sie auf alle Fälle nutzen, um Informationen an die Frau oder an den Mann zu bringen. Die Digitalisierung führt auch dazu, dass sich viele nach zwei/drei Klicks im Internet bereits als Experte fühlen. Das macht allerdings vieles nicht wirklich einfacher.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Leben und leben lassen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als anständiger Mensch auf den man sich jederzeit verlassen konnte.

Bezirk Niederbayern:

Neue Kriseninterventions-Station am Bezirksklinikum Mainkofen

Bezirkstagspräsident zeigt sich bei Besuch beeindruckt

Mainkofen. Das Bezirksklinikum Mainkofen betreibt seit Anfang Januar 2024 eine eigene Kriseninterventions-Station. Auf der Station B6/O werden Patienten in einer akuten psychischen oder psychosozialen Krise behandelt. Dazu gehören auch erkrankte Patienten mit langsamer Progression der Symptome sowie „erfahrene“ Patienten, die die Warnsignale einer neuen Krankheitsphase erkennen. Ziel ist es, die Betroffenen frühzeitig zu stabilisieren und Strategien zu vermitteln, damit sie wieder mehr Kontrolle und Selbstwirksamkeit erleben können.

Im Februar, vier Wochen nach Eröffnung, hat Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich die Station besucht und eine Führung sowie Einblicke und erste Erfahrungen durch Ärzte, Psychologen und Pflegenden erhalten. Dabei zeigte sich Dr. Heinrich beeindruckt vom Angebot: „Man merkt, wie leidenschaftlich und tatkräftig die Belegschaft hier ihr neues Aufgabenspektrum anpackt. Das begrüße ich sehr, denn die neue

Kriseninterventionsstation erfüllt eine unerlässliche Aufgabe: Menschen in psychischen Ausnahmesituationen schnell, unbürokratisch und kompetent zu helfen. Mit diesem Angebot beweist der Bezirk Niederbayern, dass er sich für eine moderne und leistungsfähige Gesundheitsversorgung in Niederbayern einsetzt.“

Die Station verfügt über insgesamt 18 Betten. Die Dauer des Aufenthalts ist auf der Station

B6/O grundsätzlich für alle Patienten auf zehn Tage begrenzt. Während dieser Zeit wird durch ein multiprofessionelles Team im Rahmen eines hochfrequenten Therapieprogramms intensiv an der Stabilisierung der Patienten gearbeitet. Der Wochenplan umfasst unterschiedliche ärztliche, pflegerische, psychologische und sozialpädagogische Angebote. Dazu gehören unter anderem tägliche Einzelgespräche mit Ärzten, Psychologen und Bezugspflege sowie zahlreiche Gruppenangebote. Darüber hinaus gibt es ergänzende Therapieangebote wie tägliche Bewegungstherapie (Nordic Walking), tiergestützte Therapie oder selbstverständlich auch Kunst- und Musiktherapie.

Gemeinsame Definition von realistischen Zielen

Die Patienten erarbeiten noch am Aufnahmetag gemeinsam mit dem Bezugstherapeuten und/oder mit der Bezugspflege einen individuellen Therapieplan. Bei der gemeinsamen Definition von Zielen für den stationären Aufenthalt wird darauf geachtet, dass diese innerhalb eines Zeitraums von zehn Tagen realistisch zu erreichen oder zumindest bedeutsam anzubahnen sind. Dabei werden bis zu drei konkreten Zielen für den Aufenthalt definiert.

Im Rahmen des Entlassmanagements erfolgt eine detaillierte Überprüfung des Erreichungsgrades der definierten Therapieziele sowie eine umfassende Vor-

Aktion Zukunft+ und VKB schließen Kooperationsvereinbarung

Versicherer wird zweiter Kooperationspartner des Klimaschutz Crowdfundings der Landkreise München und Ebersberg

Die Versicherungskammer Bayern schließt sich der Aktion Zukunft+ an und unterstützt das Klimaschutz-Crowdfunding ab sofort als Kooperationspartner. Damit gestaltet das Unternehmen den Klimaschutz in der Region aktiv mit. Auch die eigenen Emissionen wird das Unternehmen künftig über die Aktion Zukunft+ ausgleichen. Landrat Christoph Göbel, Prof. Dr. Frank Walthe, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer, und Dr. Markus Juppe, Bereichsleiter Konzernentwicklung der Versicherungskammer, unterzeichneten Anfang März die Kooperationsvereinbarung.

Vor rund zehn Monaten startete der Landkreis München die Aktion Zukunft+ mit dem Ziel, Klimaschutzprojekte vor Ort im Landkreis München und weltweit gemeinschaftlich zu finanzieren. Nun bekommt die Crowdfunding-Aktion für den Klimaschutz, die im Januar 2024 auch auf den Landkreis Ebersberg ausgeweitet wurde, weitere Unterstützung. Mit der Versicherungskammer Bayern schließt sich ein weiteres namhaftes Unternehmen der Aktion Zukunft+ an.

Landrat Christoph Göbel empfing den neuen Kooperationspartner im Landratsamt München am Mariahilfplatz und überreichte dem Vorstandsvorsitzenden, Prof. Dr. Frank Walthe, und dem Bereichsleiter Konzernentwicklung, Dr. Markus Juppe, ein aus Moos gestaltetes „Plus“-Zeichen als Symbol der künftigen Zusammenarbeit.

Spende für lokales Humusaufbauprojekt

Die Vertreter des größten öffentlichen Versicherers überreichten dem Landrat im Gegenzug eine symbolische Startspende in Höhe von 1.000 Euro, mit der das Humusaufbauprojekt in den Landkreisen München und Ebersberg gefördert werden soll. Über dieses Projekt soll auf einer Gesamtfläche von 50 Hektar Klee gras anstelle von Mais angebaut werden. Das fördert den Humusaufbau und erhöht die CO₂-Bindung im Boden aufgrund der Wurzelprozesse der Leguminosen. Durch die Spendeneinnahmen erhalten die Landwirte eine Entschädigungssumme und fördern den Klimaschutz und die Bodenqualität.

Knapp die Hälfte des Spendebetrags fließt zudem in ein Klimaschutzprojekt in Indien. Das Projekt ermöglicht den Ausbau erneuerbarer Windenergie und ersetzt somit die Notwendigkeit von Kraftwerken, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden.

Ab 2025 wird das Unternehmen dann seine jährlichen Restemissionen mithilfe des Erwerbs von Zukunft+ Zertifikaten ausgleichen. Erstmals wird dies im ersten Quartal 2025 rückwirkend für das Jahr 2024 erfolgen. Bei der Ermittlung der Höhe der auszugleichenden Emissionen wird der Versicherer von der Projektpartnerin Energieagentur Ebersberg-München beraten.

Der CO₂-Ausgleich ist Teil einer umfangreichen Nachhaltigkeitsstrategie der Versicherungskammer. Der Konzern hat im Jahr 2022 seine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Ein Fokus liegt dabei auf der Vermeidung und Reduktion von CO₂-Emissionen in allen drei Scopes des Greenhouse Gas Protocols, also sowohl von direkten als auch von indirekten Emissionen. Dies wird durch entsprechende wirksame Maßnahmen im Betrieb umgesetzt.

Informationen zur Aktion Zukunft+

Künftig wird in allen Geschäftsstellen der Versicherungskammer Bayern Informationsmaterial zur Aktion Zukunft+ und zum Erwerb der Zukunft+ Zertifikate zu finden sein. Kundinnen und Kunden des Unternehmens können sich vor Ort oder im Online-Auftritt und den verschiedenen Kommunikationskanälen näher über das Förderprogramm informieren.



Die VKB ist neuer Kooperationspartner der Aktion Zukunft+. Anfang März unterzeichneten Landrat Christoph Göbel, Prof. Frank Walthe (r.), Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, und Dr. Markus Juppe (l.), Bereichsleiter Konzernentwicklung der Versicherungskammer, die Kooperationsvereinbarung.

Bild: LRA München

bereitung auf zukünftige Krisen. Zudem wird den Patienten ein individueller Krisenplan sowie ein zuvor angebahntes engmaschiges ambulantes Unterstützungs-Setting an die Hand gegeben.

Einen Monat nach Eröffnung der neuen Station fällt das Fazit insgesamt positiv aus. „Das Angebot wird bisher sehr gut angenommen, auch wenn wir noch nicht voll ausgelastet waren. Wir bekommen viele positive Rückmeldungen von den Patienten, wobei das dichte und abwechslungsreiche Therapieangebot besonders gut bewertet wird“, sagt Prof. Dr. med. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor des Bezirksklinikums.

„Neben dem Therapiekonzept ist auch eine enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit vorgesetzten und nachgeschalteten Behörden, Einrichtungen, Zuwei-

ern und Nachbehandlern unerlässlich. Dieses Netzwerk bauen wir stetig aus und davon profitieren nun unsere Patienten“, ergänzt Dr. phil. Torsten Piendl, Leitung Psychologischer Dienst.

Eigene Ressourcen bewusstmachen

„Wir haben in den ersten Wochen unter anderem junge Patienten mit Panikstörungen oder ohne Antrieb und fehlenden Lebensmut auf der Station gehabt. Dank unseres engagierten multiprofessionellen Teams und der engmaschigen Betreuung mit einem umfassenden Therapiekonzept konnten wir den Patienten eigene Ressourcen bewusstmachen und so für eine Verbesserung und Stabilisierung ihres Zustands sorgen“, erklärt Oberärztin Dr. Sabine von Kovatsits. - ca -



Nach dem Besuch auf der Krisen-Interventions-Station (v.li.): Agnes Kolbeck, Pflegedirektorin; Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Elisabeth Keil, Stationsleitung; Dr. phil. Torsten Piendl, Leitung Psychologischer Dienst; Sandra Agler, stv. Stationsleitung; Xenia Kreuzer, Psychologin; Matthias Kaiser, Bereichsleitung (hinten); Dr. Sabine von Kovatsits, Oberärztin; Prof. Dr. Johannes Hamann, Ärztlicher Direktor; Uwe Böttcher, Krankenhausdirektor.

Bild: Huber, Bezirk Niederbayern

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion: Constanze von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner, Chef vom Dienst Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter: Sebastian Franz (KPV) Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb: Monika Steer (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-12 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024 Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen: Theresa von Hassel (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.
Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried Telefon 08171 / 9307-11 Telefax 08171 / 9307-22 eMail: info@gemeindezeitung.de Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung: DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Oberbürgermeister Andreas Starke enthüllen den Gedenkstein am Schillerplatz.
Bild: Stadtarchiv Bamberg, Melina S. Knobloch

„Orte der Demokratie“:

Landtagspräsidentin hebt Bambergs historische Bedeutung hervor

Eine Ausstellung des Bayerischen Landtags im Stadtarchiv würdigt Bamberg als zentralen Ort für die demokratische Verfassung

Landtagspräsidentin Ilse Aigner hat die Wanderausstellung „Orte der Demokratie in Bayern“ im Stadtarchiv Bamberg eröffnet. Die Ausstellung des Bayerischen Landtags beleuchtet insgesamt 13 ausgewählte Orte im ganzen Freistaat und würdigt ihre wichtigen Beiträge zur Entwicklung der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Aigner unterstrich in ihrer Rede die besondere Rolle der Stadt: „In Bamberg steht die Wiege der bayerischen Demokratie, denn die erste demokratische Verfassung wurde hier aus der Taufe gehoben. Im Spiegelsaal der Bamberger Harmonie fanden 1919 die Beratungen des Landtags und die Abstimmung über die erste wirklich demokratische Verfassung Bayerns statt. Bamberg ist daher nicht nur ein Ort der Demokratie – Bamberg ist eine Keimzelle der Demokratie!“

Einen Bogen zur aktuellen Lage schlug Zweiter Bürgermeister Jonas Glösenkamp in seiner Rede bei der Ausstellungseröffnung. „Demokratie muss nicht nur gelebt werden, sie muss auch verteidigt werden. Deshalb freue ich mich sehr, dass so viele Menschen in unserem Land – auch hier in Bamberg – seit Monaten ein klares Zeichen setzen und für unsere Demokratie eintreten“, betonte Glösenkamp vor den geladenen Gästen aus dem Landtag und dem Bamberger Stadtrat. Er dankte auch Stadtarchivleiter Horst Gehringer für die Organisation und sprach die Hoffnung aus, dass die Ausstellung auch Anlass ist, um darüber nachzudenken, „was eine Demokratie ausmacht und wie Demokraten untereinander umgehen sollten“.

Sichtbare Demokratiegeschichte

Oberbürgermeister Andreas Starke hatte vor der Eröffnung der Ausstellung gemeinsam mit der Landtagspräsidentin das Gedenkobjekt am Schillerplatz enthüllt, mit dem der Landtag wichtige Orte sichtbar machen will, an denen bayerische Demokratiegeschichte geschrieben wurde. Die Stele mit dem goldenen Würfel am Schillerplatz, angelehnt an den Verfassungswürfel und die Verfassung von 1818, erinnert zusammen mit der Gedenktafel am Harmonie-Gebäude an das Jahr 1919, als in den Harmonie-Sälen die erste demokratische Verfassung des Freistaats Bayern erarbeitet und verabschiedet wurde. „Zum ersten Mal in seiner Geschichte erhielt Bayern eine parlamentarisch demokratische Verfassung, die von einem aus allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landtag beschlossen wurde“, so OB Starke. Erstmals betraten hier auch acht Frauen als Abgeordnete den Plenarsaal und konnten so an der demokratischen Willensbildung in der Harmonie teilhaben. Die Harmonie-Säle stellten den Rahmen für die zahlreichen Sitzungen des Landtags während seiner Anwesenheit in Bamberg dar.

Die Ausstellung des Bayerischen Landtags lädt ein zur gedanklichen Reise an die historischen Schauplätze, fragt aber auch nach der heutigen Bedeutung der Orte. Zahlreiche Bilder, Quellentexte und nicht zuletzt das Darstellungselement mit Graphic Novel lassen diesen Streifzug lebendig werden: Zeitlich und räumlich weit auseinanderliegende Ereignisse sind in einer gemeinsamen Erzählung verbunden. Ergänzt durch historische Exponate werden zentrale Ereignisse und Persönlichkeiten der Demokratiegeschichte aus allen Teilen Bayerns greifbar – eine Reise auf den Spuren unseres Weges zum Freistaat. Die Ausstellung ist bis zum 14. Juni 2024 während der Öffnungszeiten des Stadtarchivs zu sehen. Ausstellungsführungen sind nach Terminvereinbarung (stadtarchiv@stadt.bamberg.de) möglich. □

Interkommunaler Ausschuss:

Vertiefung der Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis Würzburg

Die Verzahnung zwischen Stadt und Landkreis Würzburg nimmt Fahrt auf. Im letzten Interkommunalen Ausschuss [stadt.land.wü. \(IKA\)](http://stadt.land.wu.ika) informierten Jacek Braminski (Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters) und Michael Dröse (Leiter der Stabsstelle des Landrats) über die bereits Ende 2023 beschlossene Erarbeitung einer Zukunftsstrategie, die neue Felder der Kooperation zwischen Stadt und Landkreis ausleuchtet wird. Der offene angelegte Prozess hat bereits mit einer Bestandsaufnahme begonnen. Die „Bildungsregion“, die Öko-Modellregion und die „Smarte Region“ sind aktuell die bekanntesten Erfolgsbeispiele interkommunaler Zusammenarbeit; unter dem Label „[stadt.land.wü](http://stadt.land.wu)“ könnten aber noch viele weitere Partnerschaften entstehen. Oberbürgermeister Christian Schuchardt: „Wir können uns auf zwei spannenden Jahre freuen. So strukturiert haben wir unsere Zusammenarbeit, die über die Jahre immer intensiver geworden ist, noch nie bilanziert und neujustiert.“

In einem ersten IKA-Workshop im vergangenen Jahr wurden über 80 Kooperationsideen in den Handlungsfeldern „Umwelt- und Naturschutz“, „Kultur, Schule und Sport“, „Wirtschaft und Wettbewerb“, „Bau und Infrastruktur“ und „Jugend, Familie und Soziales“ zusammengetragen.

Schon diese Bandbreite zeigt: Die Analyse ist denkbar weit gefasst, „Grenzüberschreitungen“ zwischen Stadt und Landkreis sind ausdrücklich erwünscht. Nun gilt es, Struktur in diese Ideensammlung zu bringen.

Datengrundlage mit Controllingsystem

Für die weitere Analyse wird eine noch größere Datengrundlage mit Controllingsystem etabliert.

Pilotcharakter hat überzeugt

Landrat Thomas Eberth: „Dieser innovative Ansatz für eine interkommunale Zusammenarbeit mit Pilotcharakter hat auch das zuständige Staatsministeri-

GZ PINOS WELT

Es ist ja klar, dass aus Sicht einer Katze die Menschen manchmal sehr sonderbare Verhaltensweisen an den Tag legen. Ich denke da heute zum Beispiel an das Verhältnis zum Nachwuchs. Arterhaltung und Fortpflanzung ist ja im Tierreich die Triebfeder des Lebens schlechthin. Dabei gilt: Für den Wurf wird gesorgt, bis er auf eigenen Pfoten stehen kann und dann Tschüss.

Bei den Menschen habe ich das bisher immer etwas anders beobachtet. Da endet die Fürsorge nicht, wenn die Jungen auf eigenen Füßen stehen. Man besucht sie weiterhin, fragt am Telefon nach dem Befinden, macht teilweise aufwändige Geschenke zu allen möglichen Anlässen, feiert mit ihnen und betreut sogar deren Nachwuchs, wenn die Jugend mal ausgehen will. Doch diese rührende Sorge ist auf die eigenen Nachkommen beschränkt. Sobald es abstrakt



bleibt gleich. Generationengerecht?

Stichwort Generationenkapi- tal: In Zukunft macht der Bund Schulden, die er dann auf dem Kapitalmarkt, zum Beispiel in Aktien, investiert und will mit den Erträgen die gesetzliche Rentenversicherung bezuschussen, damit sie zukünftig Renten in einer Höhe auszahlen kann, die angesichts der sprunghaf- ten Zunahme der Rentenberechtigten gegen- über der sinkenden Zahl der aktiv im Erwerbs- leben Stehenden utopisch hoch sind. Pferdefuß: Die Rendite aus der Aktienanlage muss zunächst mal so hoch sein, dass die Zinszahlungen abgedeckt werden. Gelingt das nicht, müssen die künftigen Steuerzahler, also die Jungen von heute, die Zinslast tragen. Sie müssten aber auch die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung tragen, hätte man das Generationenkapi- tal nicht eingeführt. Sie sind also in jedem Fall die Gelackmei- erten, weil nicht an den Leistungen für die Äl- teren gespart wird, sondern die Jungen belastet werden.

Nun soll jeder und jede im Alter gut und sorgenfrei leben, gar keine Frage. Aber warum hilft man den Leuten nicht, selbst für das Alter vorzu- sorgen? Hört man Vertreter*innen (sic!) der Jus- sos oder Grünen Jugend zu, so sind Kapitaleigner Gottseibeiuns und Beelzebub in einem. Dabei könnte im Laufe eines Berufslebens angesam- meltes Kapital (also richtig verdientes Geld, nicht vom Staat gepumptes) einen Beitrag zur Siche- rung des Lebensstandards im Alter bieten. Kapi- tal anzusammeln ist aber schwer, da die Erträge bei uns mit 25 Prozent besteuert und nur 1.000 Euro pro Jahr steuerfrei gestellt werden. Als die Sozialdemokraten noch einem Aufstiegsver- sprechung angingen, haben sie in den 70er Jah- ren den Gedanken der Vermögensbildung in Ar- beitnehmerhand propagiert. Etwa durch vermö- genswirksame Leistungen vom Arbeitgeber, die steuerlich begünstigt oder mit staatlichen Prä- mien dauerhaft zur Vermögensbildung angelegt werden konnten. Wissen Sie, wieviel vermögens- wirksame Leistungen ein Beamter bekommt? 6,65 Euro im Monat, also 79,80 Euro pro Jahr, was 3.192 Euro nach 40 Dienstjahren ergibt. Ge- nerationengerecht?

Irgendwie haben die jungen Leute bei uns kei- ne Lobby. Gilt der Satz von Salvador Dalí noch: „Das größte Übel der heutigen Jugend besteht darin, dass man nicht mehr dazugehört?“

Der Jugend eine Lobby!

um die Zukunft oder das Wohlergehen der jün- geren Generationen als solche geht, kümmert sich die Gesellschaft kein bisschen mehr.

Beispiel BAföG-Reform. Die Ausbildungsför- derung für Schüler und Studenten soll sicherstel- len, dass junge Menschen sich unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern die Zeit für eine hochwertige Ausbildung nehmen kön- nen. OK, eine gute Ausbildung ist wichtig für ei- nen selbst, aber die heutigen Schüler und Stu- denten halten später einmal als Techniker, In- genieure oder Ärzte die Gesellschaft am Laufen. Seit Jahren ist unbestritten, dass die BAföG-Sät- ze zum Leben – vor allem in teuren Städten – viel zu gering sind. Werden sie also demnächst er- höht, sagen wir um 12 Prozent wie das Bürger- geld? Nein. Zwar bekommen zukünftig Studien- anfänger ein Startgeld von 1.000 Euro, aber das mutet eher wie eine Maßnahme an, die dafür sorgen soll, dass ein paar Millionen Steuergelder sinnlos unters Volk gebracht werden. Was will man schon mit einem Tausender anfangen? Das reicht nicht mal für die Kautions für eine Bude. Fakt ist: Das Bürgergeld für Transferempfänger, also Leute, die keinen Beitrag für das Gemein- wesen leisten, steigt um 12 Prozent, der BAföG-Satz für diejenigen, die eine gute Ausbildung wollen,

Ihr Pino

Bayerische Wahlergebnisse

Bei der Stichwahl um das Bürgermeisteramt in **Thurmans- bang** (Landkreis Freyung-Grafenau) siegte **Stefan Wagner (CSU)** mit 65,3 Prozent der Stimmen. Damit tritt er die Nach- folge von Martin Behringer an, der seit November 2023 für die Freien Wähler im Landtag sitzt. Fritz Kamm (UBL) erhielt 34,7 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 67,2 Prozent.

Max Boneberger ist mit 95,7 Prozent der Stimmen zum neuen Rathauschef von **Altusried** (Landkreis Oberallgäu) gewählt worden. Der von **CSU** und **Freien Wählern** unterstützte 41-Jährige hatte keinen Gegenkandidaten. Boneberger folgt auf Joachim Konrad, der für die CSU in den bayerischen Landtag gewählt worden war. Wahlbeteiligung: 39,5 Prozent.

Ohne Gegenkandidaten wurde in **Untergriesbach** (Landkreis Passau) Bürgermeister **Hermann Duschl (Christliche Wählerge- meinschaft CWG)** mit 95,4 Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Duschl geht damit in seine vierte und letzte Wahlperiode. Wahlbeteiligung: 32,9 Prozent.

Hans Steinfeld wird neuer Rathauschef von **Weitramsdorf** (Landkreis Coburg). Mit nur fünf Stimmen setzte sich der **CSU**-Be- werber in der Stichwahl denkbar knapp gegen 2. Bürgermeister Dominic Juck (SPD) durch. Wahlbeteiligung: 55,6 Prozent.

Michael Lorenz (CSU) wird künftig die Geschicke von **Inzell** (Landkreis Traunstein) leiten. Für den langjährigen 2. und 3. Bür- germeister votierten 91 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Er war der einzige Kandidat. Wahlbeteiligung: 39,3 Prozent.

Äußerst knappes Rennen

Edwin Klostermeier (SPD) bleibt Bürgermeister der Gemeinde **Putzbrunn** (Landkreis München). In einem äußerst engen Ren- nen behielt der Amtsinhaber mit 52,8 Prozent der Stimmen gegen seinen einzigen Herausforderer Tobias Stokloß (CSU), der 47,2 Prozent auf sich vereinte, die Oberhand. Wahlbeteiligung: 53,6 Prozent.

Stefan Sommer (CSU) ist der neue Rathauschef in **Waltenho- fen** (Landkreis Oberallgäu). Mit 53,2 Prozent der Stimmen be- siegte der langjährige Gemeinderat und 2. Bürgermeister Amts- inhaber Eckhard Harscher (Wir für Waltenhofen), der sein Amt seit 2006 innehatte und 46,8 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 56,1 Prozent.

Abwahl auch in **Lenting** (Landkreis Eichstätt): **Christian Con- radt (CSU)** lag mit 82,7 Prozent deutlich vor Amtsinhaber Chris- tian Tauer (SPD), der auf 17,3 Prozent der abgegebenen Stimmen kam und sein Amt nach zwölf Jahren abgeben muss. Die Wahlbe- teiligung lag bei 59,1 Prozent. **DK**

Stadt Stein:

Ehemaliges Trafohaus wird zum Artenschutzurm

Das ehemalige Trafohaus im Steiner Ortsteil Oberbüchlein lag seit Jahren brach. Nun wurde es erfolgreich zu einem Artenschutzurm umgebaut und Verantwortliche – darunter auch der Erste Bürgermeister von Stein, Kurt Krömer – trafen sich vor Ort, um das Ergebnis zu begutachten.

Hintergrund: Nachdem das Trafohaus seine Funktion verloren hatte, plante der Netzbetreiber den Rückbau und Abriss. Wolfgang Schaffrien, der Leiter des städtischen Bauamtes, erkannte das Potenzial für den Artenschutz und die Stadt Stein erwarb das Gebäude. Die Elektrik wurde im Zuge dessen entfernt. Bei einer Ortseinsicht im Jahr 2022 mit Vertretern von Bauamt, Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Fürth und vom Landschaftspflegeverband Mittelfranken e.V. wurde schließlich das vorhandene Aufwertungspotenzial festgestellt.

Umsetzung: Der Landschaftspflegeverband Mittelfranken plante die Realisierung des Artenschutzturms und beantragte För-

dermittel. Die Maßnahme wird zu 90 Prozent vom Freistaat Bayern (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) gefördert, die Stadt Stein trägt 10 Prozent der Kosten. Die langfristige Betreuung der Kästen ist durch den LBV – Kreisgruppe Fürth geplant. Die Nistmöglichkeiten wurden rechtzeitig zur beginnenden Vogelbrutsaison 2024 vom städtischen Bauhof angebracht.

Erfolgte Aufwertungen an der Außenfassade: Mauerseglerkästen, Spaltenquartiere für Fledermäuse und Nistmöglichkeiten für Mehlschwalben, Stare und Sperlinge wurden geschaffen.

Aufwertungen im Turminnen: Ein Schleiereulen-Kasten mit eigenem Einflugloch wurde an-

den, wurde eine weitere Ebene eingebaut.

nen, wurde eine weitere Ebene eingebaut.

Gemeinsame Kräfte für die Natur

Die Realisierung des Artenschutzturms ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Stein, insbesondere dem Bauhof, der Unteren Naturschutzbehörde, dem Landschaftspflegeverband Mittelfranken und dem Landesbund für Vogelschutz. Schon bald wird sich zeigen, wie gut der neue Artenschutzurm angenommen wird.



Vertreter des Landschaftspflegeverbandes, des LBV und städtische Mitarbeiter freuen sich mit Ersten Bürgermeister Kurt Krömer (Mitte) über die gelungene Umsetzung.

Bild: Stadt Stein

Wichtiger Beitrag für Bildungsgerechtigkeit

vhs-Förderverein spendet der KulturTafel 4000 Euro

Studien belegen es immer wieder: Kinder von Eltern, die ein geringes Einkommen besitzen oder anderweitig aus sozial schwachen Schichten kommen, haben signifikant schlechtere Chancen auf einen positiven Bildungserfolg. Einen wichtigen Beitrag für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit in der Domstadt leistet der Förderverein der Volkshochschule Bamberg Stadt. Er spendete der KulturTafel Bamberg des Diakonischen Werks Bamberg-Forchheim vhs-Gutscheine im Wert von 4.000 Euro, die alle erfolgreich vermittelt werden konnten.

sich. „Danke, dass Sie seit Jahren ein zuverlässiger Partner für uns als Träger sind“, würdigte er das herausragende Engagement des vhs-Fördervereins.

250 Personen in fünf Jahren

„Seit 2020 haben wir der KulturTafel Gutscheine im Wert von insgesamt 10.000 Euro zur Verfügung gestellt“, rechnete die stellvertretende Vorsitzende Marion Zachert die finanzielle Unterstützung für Bildungsgerechtigkeit zusammen. In den Jahren zuvor hatte die Volkshochschule der KulturTafel bereits freie Plätze in ausgewählten Kursen für ihre Gäste angeboten, erinnerte vhs-Leiterin Dr. Anna Scher-

baum. Fast 250 Menschen hätten dieses Angebot binnen fünf Jahren genutzt. Das Engagement des städtischen Bildungs- und Kulturzentrums für soziale und kulturelle Teilhabe erklärt Dr. Scherbaum so: „Wir wollen Bildung für alle anbieten und mit unseren Teilnehmenden die ganze Gesellschaft abbilden.“ Sie verwies zudem auf zahlreiche kostenlose Bildungsangebote im Programm – zu Themen wie Verbraucherschutz, Energiesparen, Medienutzung, politische Bildung, interreligiöse Verständigung, Geschichte und Kultur.

„Für nur 25 oder 100 Euro Mitgliedsbeitrag können Privatpersonen bzw. Firmen die Bildungsarbeit der Volkshochschule im Förderverein unterstützen“, sagte Schriftführerin Andrea Grodel. Mehr Mitglieder sowie Spenden bedeuteten einen größeren finanziellen Spielraum für neue Unter- zügung. Eine Beitrittserklärung gibt es auf www.vhs-bamberg.de/foerderverein.

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7/2024, die am 28. März 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT, E-Government, Breitband, Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfall, Entsorgungsmanagement, technische Lösungen
- Kommunalfahrzeuge, Fuhrpark
- Fachliteratur, Kommunale Rechtsfragen

„Nicht die Herkunft und der Geldbeutel einer Person sollten über ihre Zukunft entscheiden, sondern ihr Wunsch nach individueller Weiterbildung“, betonte Vorsitzende Ulrike Siebenhaar bei der Spendenübergabe. Die Gäste der KulturTafel, die sich für vhs-Angebote interessieren, konnten sich dank der Gutscheine kostenlos für Sprach- oder

PC-Kurse, für Angebote der Gesundheitsbildung oder auch kreative und kulturelle Angebote anmelden.

Fred Schäfer, Leiter Soziale Dienste bei der Diakonie: „Mir ist bayernweit keine gleichartige Unterstützung einer KulturTafel bekannt, wie sie der Förderverein der Volkshochschule hier in Bamberg leistet“, bedankte er

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

T GLASFASER
Schnell, Stabil, Zukunftssicher.



www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung



Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten
BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing



für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei
- Werkseigener Kundendienst
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Teichrettung

WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!



WWW.MIKROBIOM-LAB.DE